

Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes
christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Redaktion: A. Heutmann in Düsseldorf 51,
Corneliusstr. 66. Berichte, keine Beiträge u. sind
zuerst an den betr. Bezirksvorsitzenden einzuliefern.
Sämtliche Beiträge müssen bis Montags abends bei
der Redaktion in Düsseldorf eingegangen sein.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden
Samstag und kostet vierteljährlich durch die Post
bezogen 3,- M. Expedition und Druck von
Joh. van Veen in Krefeld, Zuth. Strichstraße 65.
23232323 Fernspr.-Nr. 1358.

Nr. 4. Telegramm-Adr.: Textilverband Düsseldorf. Düsseldorf, den 29. Januar 1910. Fernspr.-Nummer 4423. 12. Jahrgang.

Arbeiterinnen,

erkennet die Notwendigkeit einer guten Gewerkschaft! Vereinzelt steht Ihr schutzlos dem Arbeitgeber gegenüber. Lasset Euch Eure Lebenslage nicht verschlechtern. Werdet Mitarbeiterinnen in der christlichen Textilarbeiterbewegung.

Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Die gelben Gewerkschaften. — Jahresbericht und Unfallstatistik der Textilberufsgenossenschaften für 1908. — Hochmal die hiesigen Textilarbeiter und ihre Vertreter beim Arbeitgeberverband. — Revision: Bericht der übermännlichen Kommission des Reichsausschusses für die Textilindustrie. — Aus dem Verbandsgebiet: Lohnbewegungen und Arbeitsfreizeiten: Gronau. — Stabellöhne. — Aus dem Wuppertal. — Die Stranzfäherarbeiten von Elberfeld-Barmen. — Berichte aus den Ortsgruppen: Delmenhorst. — R. Stadbach. — Harderbroich. — W. Stadbach. — Hahnstätten. — Hohenbüchel. — Neustadt O. Sd. — Schang. — Schiffel. — Wärselen. — Hell. — Gewerkschaftliches: Aus unseren Verbänden: Gemeinsame Kampfbewegung der Nationalliberalen und Sozialdemokraten gegen die christlichen Gewerkschaften. — Die christlichen Verbände rufen zum Kampfe. — Aus gewerkschaftlichen Organisationen: Von den wirklich „neutralen“ Verbänden. — Aus Arbeitgeberkreisen: Gegen die neue Gewerbeordnungsnovelle. — Allgemeine Rundschau: Allgemeine: Weibliche Beamte und Verträge zum Schutze der arbeitenden Klassen. — Briefkasten. — Besprechungsprotokolle. — Adressenänderung. — Sterbetafel. — Ergebnisse der Arbeitslosen-Statistik im IV. Quartal 1909.

Die gelben Gewerkschaften.

Von Mich. Gasteiger, München.

(Schluß.)

Die Forderungen auf dem Gebiete des gesetzlichen Arbeiterschutzes treten bei allen anderen Arbeiterorganisationen, die nicht, wie die gelben Gewerkschaften auf dem Boden des liberalen Individualismus, sondern auf dem der Solidarität aufgebaut sind, weit stärker hervor, wie bei den gelben Gewerkschaften. Von positiven Forderungen auf diesem Gebiete kennt z. B. das Programm des gelben Arbeitsband (Sd Berlin) nur die seit Jahrzehnten von anderen Organisationen schon erprobte Forderung auf Rechtsfähigkeit der Berufsvereine und eine Befreiung der Schäden der Hausarbeit auf gesetzlichem Wege.

Die geforderte Gewinn- und Kapitalbeteiligung im gelben Programm bedeutet für die gewerkschaftliche Praxis gar nichts. Eine wirkliche Gewinnbeteiligung in der Industrie ist wohl nur möglich bei den Großbetrieben, die bei großartigen maschinellen Einrichtungen wenig Arbeiter nötig haben. Hier käme dann beim Gewinn nur ein geringer Divisor in Betracht, so daß die anfallenden Gewinne für den einzelnen Beteiligten einigermaßen bedeutende werden könnten. In der überwiegenden Mehrzahl der Betriebe werden jedoch zugleich auch viele Arbeiter beschäftigt, und deshalb gehen selbst hohe Gewinne in so viel kleine und kleinste Teile auf, daß der Arbeiter mit einer tariflich festgelegten, von Zeit zu Zeit steigenden Stundenlohnung sicher weiter kommt und dabei sein Streikrecht wahr.

Wenn auch die gelben Gewerkschaften sehr eifrig betonen, auf das Streikrecht niemals zu verzichten, so ist ihnen der Streik in 99 von 100 Fällen dennoch praktisch unmöglich gemacht, da sie bei ihren niedrigen Beiträgen gar nicht daran denken können, einen Streikfonds anzuhäufeln. Und die Gelder der Arbeitgeber, die in den gelben Vereinen liegen, müssen eben zu dem Zwecke verwendet werden, zu dem sie gegeben sind (Krankenunterstützung usw.), weil sie sonst sofort zurückgezogen werden können.

Alles in allem genommen ist das Bestreben, ein patriarchalisches Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer in die Fabrikbetriebe des 20. Jahrhunderts durch die gelben Gewerkschaften zu pflanzen, ein Verzicht über kurz oder lang scheitern wird. Den besten Beweis für die generelle Undurchführbarkeit dieses Systems liefern uns jene Männer, die im 19. Jahrhundert, wo die industrielle Produktion noch ein weit weniger kapitalistisches Gepräge zeigte, in ihren Bestrebungen, auf welchem Wege eine Verbindung zwischen Kapital und Arbeit herbeizuführen, gründlich enttäuscht wurden.

Es besteht deshalb auch nicht ein objektiv begründeter Grund, im Gegensatz zu aller wirtschaftlichen und historischen Entwicklung, das, was vor 60 oder 70 Jahren an der Verfehlung des Systems scheiterte, heute in einseitiger Weise „auszubauen“, und nur nach dem Willen der Arbeiterorganisationsführer Arbeitgeber als „gelbe Gewerkschaften“ in Wirtschaftskreisen einzuführen.

3. Die Arbeitgeber und die gelben Gewerkschaften.

Daß die Arbeitgeber, soweit sie von gelben Organisationen überhaupt etwas wissen wollen, diese bei der Gründung beeinflussen und danach durch finanzielle Unterstützung ihren Versuch zu sichern suchen, ist eine Tatsache, die dadurch nicht ungeschehen gemacht wird, daß die gelben Gewerkschaften sie leugnen. Vor Gründung des gelben Arbeitervereins vom Werk Augsburg (Maschinenfabrik) wandten sich einige unorganisierte Arbeiter an die Direktion um Rat, wie sie den Anwürfen der sozialdemokratischen Gewerkschaftler mit dem begegnen

könnten. Direktor D. meinte: Nun so schließt euch halt auch zusammen! „Diese Anregung“ — man beachte: Diese Anregung — des Direktors —, heißt es in einer Schrift des gelben Führers Lebus, „fiel auf guten Boden. Bei den Vorgesprächen wurde ein vorläufiger Ausschuß gebildet, der sich zunächst bei der Direktion vom Werk Augsburg vergewisserte, ob die Vereinigung von der Direktion unterstützt werden würde. Die Direktion versprach die Unterstützung in weitgehendem Maße.“ Zur Vorgeschichte des gelben Arbeitervereins bei der Bahnräderfabrik Augsburg schreibt ein gewis unverächtlicher Zeuge im gelben Organ („Die Wehr“ 1908 Nr. 7): „Es wurde beschlossen, an die Direktion eine Eingabe zu machen mit dem Ersuchen zur Gründung eines Arbeitervereins mit der Genehmigung zu erteilen.“ Der Herr Direktor teilte dann den „vier Geschäftsführern“ mit, daß er der Gründung eines Arbeitervereins sehr sympathisch gegenüber stehe und somit die Gründung genehmige. Auch Lebus hat ja in einem jener Briefe, die feinerzeit vom deutschen Metallarbeiterverband veröffentlicht wurden, eine ganz genaue Anleitung gegeben, wie man von Seiten der Unternehmer am besten den Gedanken der gelben Gewerkschaften bei den Arbeitern entzünden kann, indem er an eine hiesige Firma schrieb: „Bei den Siemens-Werken gab ein Meister einem ihm als zuverlässig bekannten Arbeiter die Anregung. Bei den R. Wolfischen Werken, Magdeburg, ging die Anregung von dem Leiter des Lohnbureaus aus.“ „Die Arbeiter“, so ließ man weiter, „sahen natürlich den Entschluß zur Gründung eines solchen Vereins selbst fassen; die Anregung dazu kam aber ganz gut von einem unteren Beamten aus.“ Viel ehrlicher und konsequenter waren in dem Falle schon die württembergischen Metallindustriellen, die auf eine bloß dekorative Mitarbeit der Arbeiter ganz verzichteten und unterm 1. Dezember 1908 von ihrer Geschäftsführung aus an alle Arbeitgeber der Branche Material verbanden, um einen gelben „Unterstützungsverein des Verbandes Metallindustrieller in Württemberg“ und eine „Krankenkassette Württemberg“ ins Leben zu rufen. Diese Sache ist dort freilich infolge des energischen Widerstandes der Arbeiterorganisationen vorerst gescheitert.

Daß die Arbeitgeber, die sich eine gelbe Organisation schaffen, sich dieselbe durch materielle Unterstützungen auch zu erhalten suchen, ist ganz klar. „Soweit muß man die Gelben unterstützen, daß es ihnen möglich wird, neben den roten und den schwarzen zu existieren, denn die Prinzipien, welche die Gelben vertreten, sind einer ehrlichen Probe wert. Die Zukunft der Gelben hängt aber nicht von ihren Prinzipien ab, sondern auch von den Männern, welche ihre Geschäfte leiten. Finden die Gelben die geeigneten Führer, dann liegt ihnen eine Zukunft bevor.“ Darüber, wer diese „geeigneten Führer“, welche die Zukunft der Gelben ohne Prinzipien erhalten wollen, sein sollen, braucht man sich nach den obigen Ausführungen von Dr. Schellwien auf der Arbeitsanbahnkonferenz der deutschen Arbeitgeberverbände im September 1908 in München, kaum noch zweifeln hinzugeben. Es ist deshalb auch wohl hier nicht näher auf die Unterstützungen einzelner Firmen, die die gelben Kassen in den verschiedensten Formen zu flecken lassen, einzugehen; der Bund württembergischer Arbeitervereine, eine politische und zugleich wirtschaftliche gelbe Organisation, hat selbst bekannt, daß er von irgend einer, „wenn auch selbstverständlich nur moralischen Unterstützung durch die Arbeitnehmer bis jetzt so gut wie nichts gemerkt hat.“ („Deutsche Treue“, 1908. Seite 212.) Daß eine Arbeiterorganisation überhaupt auf keinerlei finanzielle Unterstützung von Seiten der Arbeiter selbst rechnen, ist schon mehr als sonderbar und wird erst klar, wenn man den Gedanken der gelben Führer kennt, der hier lautet: „Es heißt das ganze Wesen der Gewerkschaftsbewegung verkennen, wenn man etwa glaubt, eine finanzielle Unterstützung habe den Charakter von etwas Unmoralischem.“ (Lebus.) Gewis ist eine Unterstützung an sich noch nichts Unmoralisches; aber man wird an der gewerkschaftlichen Stokkraft solcher Organisationen mit Recht zweifeln müssen, die von den Deuten mit prinzipieller Vorliebe Unterstützungen annehmen, denen gegenüber sie gerade bei Duzenden von Gelegenheiten in die Lage kommen können, ihre Rechte mit allem Nachdruck verteidigen zu müssen. Solche Unterstützung führt nur dahin, daß die gelben Gewerkschaften von den Unternehmern beherrscht werden. Denn es ist, nächstens betrachtet, eine Selbstverständlichkeit, daß derjenige, der eine erhebliche Summe an Unterstützung leistet, eine Sache ins Leben zu rufen, sich auch einen nicht geringen Anteil an geistigem Einflusse sichern wird, um die Richtungslinien nach eigenem Ermessen zu bestimmen.

Gewis; der Grund, daß eine Interessengemeinschaft zwischen Kapital und Arbeit besteht, wird von allen Sozialpolitikern, soweit sie nicht die Arbeit als Quelle aller Werte ansehen, geteilt; auch das Programm der christlichen Gewerkschaften ist auf diesem Wege aufgebaut. Es ist aber verkehrt und unterbindet eine beiderseitig sich geracht zeigende Verständigungsmöglichkeit zwischen den beiden Faktoren, wenn man, wie es das gelbe Programm

und die gelbe Praxis tun, dem Kapital die Arbeit mit gebundenen Händen ausliefert. Das führt zur Beherrschung auch der organisierten Arbeit in den Wertvereinen durch die Arbeitgeber, und alle schönen Worte von der Wahrung der notwendigen Freiheit gegenüber den unterstützungsspendenden Unternehmern zerfallen an den Tatsachen, wie wir sie in diesem Artikel kurz skizziert haben: die Unternehmer beherrschen mit die gelben Gewerkschaften, die Unternehmer unterstützen sie auch die von ihnen gegründeten und unterstützten Vereine.

Daß solches Verhältnis auf die Dauer unhaltbar ist, bedarf keiner weiteren Erwägungen, wenn auch heute noch Dankesausdrücken der gelben Arbeiter an ihre Wohltäter aufsteigen, und wenn man auch neuerdings von Industriellenkreisen zwischen dem Hansabund und den gelben Gewerkschaften knüpft, um den Boden zur Industriepartei zu einem Industriestaat im Staate zu ebnen.

Indes wie immer sich auch dieses Verhältnis zwischen den Unternehmern und den von ihnen protegierten gelben Vereinen für die nächste Zukunft gestalten möge: Es liegt allzuvieler Berechnung in diesem vom Kapital gesuchten Zusammenarbeiten mit der Arbeit; es spendet Wohlstand in der Regel mit höheren oder geringeren Wohlstandsergebnissen der also besetzten Arbeiter zu steigen oder fallen pflegen. Der Grund, daß der Teil der herrschend, der hier einen Teil geistig weniger regamer Arbeiter, von ihren natürlichen Bundesgenossen, den Arbeitern trennen will, er wird früher oder später dem Grundgedanken der allgemeinen Arbeitersolidarität, dem Zusammenhang mit Ständegenossen weichen müssen; — zur Enttäuschung jener, die heute in den gelben Gewerkschaften ein mit vielen Kosten aufgeführtes Volkwerk gegen ihre eigenen Ständegenossen sehen.

Jahresberichte und Unfallstatistik der Textilberufsgenossenschaften für 1908.

Die Jahresberichte der Textilberufsgenossenschaften sind erschienen. Sie bieten einen interessanten Einblick in das Gewerbeleben sowohl, als auch einen Ueberblick über die Wirkungen der Sozialversicherung. Darauf ist schon in dem vorausgegangenen allgemeinen Bericht über sämtliche Berufsvereine hingewiesen worden. Für die Mitglieder unseres Verbandes sind von noch größerem Interesse die Berichte der Textilberufsgenossenschaften, die deshalb einer besonderen Betrachtung unterzogen werden sollen.

Hierbei ergibt sich zunächst, daß die Zahl der versicherten Personen von 23520. Es kommt also auch hier der schlechteren Geschäftslage und die Wirtschaftskrise zum Ausdruck. Wertwürdig dabei ist, daß die Zahl der Betriebe zugenommen hat. Die nachstehende Uebersicht zeigt den Stand der Versicherten in den letzten vier Jahren bei sämtlichen acht hier in Frage kommenden Berufsvereinen.

Zahl der durchschnittlich versicherten				
	1908	1907	1906	1905
Personen	23520	21403	27498	28651
Betriebe	16360	15480	14697	15051

Nach den Berichten der einzelnen Berufsvereine, in der amtlichen Reihenfolge betrachtet, ergibt sich folgendes Resultat: bei der

Leinen-Berufsgenossenschaft				
	1908	1907	1906	1905
Betriebe	615	582	557	528
Beschäftigte	5925	5549	5646	5614
Löhne der Beschäftigten in Millionen M.	48,12	46,73	42,98	40,65

Der Durchschnittslohn der Versicherten einschließlich der Betriebsbeamten betrug demnach 215,45 M. im Jahre 1908, 209,37 M. im Jahre 1907, 215,53 M. 1906 und 224,44 M. im Jahre 1905.

Die Zahl der Unfälle und Unfallanzeigen ist zurückgegangen von 1038 im Jahre 1907 auf 982 im Jahre 1908. Die Zahl der Verletzten, für welche zum erstenmale Entschädigungen bezahlt wurden, betrug 256, 24 weniger als 1907. Unter diesen waren 13 jugendliche. 10 Verletzungen resultierten tödlich, 114 hatten eine teilweise jedoch dauernde Erwerbsunfähigkeit zur Folge. An Entschädigungen für Verletzte (Renten, Heilverfahren, Abfindungen) wurden 1908 ausbezahlt 297388 M., an die Hinterbliebenen der tödlich Verletzten 31697 M. Die Gesamtzahl der Verletzten, für welche Entschädigungen gezahlt worden sind, betrug 2127 Personen.

Die Nachweise über die Art der Verletzungen zeigen, daß die meisten Unfälle, 147 an Motoren, Transmissionsen und Arbeitsmaschinen vorgekommen sind. 35 Unfälle ereigneten sich durch Fall von Leitern und Treppen, 22 beim Auf- und Absteigen, 20 beim Zusammenbruch, Ein- oder Umsturz von Gegenständen.

Aus dem Berichte des technischen Aufsichtsbeamten der Leinen-Berufsgenossenschaft ist zu ersehen, daß die Unfallverhütungsvorschriften von den Firmeninhabern vielfach nicht beachtet werden. Bei seinen Revisionen mußte der Beamte in 388 Betrieben 533 Verstöße gegen diese Vorschriften feststellen und beanstanden. In 100 Fällen waren die Unfallverhütungsvorschriften in mangelhafter Form angehängt oder fehlten ganz. Ueber die Befreiung von Schutzvorrichtungen durch die Arbeiter ist dem Beamten nichts bekannt geworden. Derselbe hat, was nur allen anderen Beamten als nachahmenswert empfohlen werden kann, mit den staatlichen Gewerbeaufsichtsbeamten in vielen Fällen die Betriebsrevisionen gemeinschaftlich vorgenommen. Hierbei verzeichnet er die merkwürdige Tatsache, daß ein königlich preussischer Gewerbebeamter die Betriebe durch die Berufsvereine für überflüssig bezeichnet hat. Wenn tüchtige, sich unabhängig fühlende Beamte in so ernsthafter Weise wie der Beamte, Herr Schulz, die Unfallverhütung betreiben, so sollte das auch von den Gewerbeinspektoren nur begrüßt werden. Die Mitteilung des Beamten der Berufsvereine, eine Dame der Gewerbeinspektion habe ihm, beim Zusammentreffen bei einer Betriebsrevision, nach seiner Vorstellung den Rücken zugekehrt, ruft die Vermutung hervor, daß bei der Auswahl der Gewerbeaufsichtsbeamten nicht immer mit der nötigen Umsicht verfahren wird.

Norddeutsche Textilberufsgenossenschaft.

Auch bei dieser Berufsvereine ist die Zahl der Versicherten zurückgegangen, während die Zahl der Betriebe sich erhöht hat.

	1908	1907	1906	1905
Betriebe	2270	2211	2145	2093
Beschäftigte	126184	128947	125763	123691
Löhne in Mill. M.	102,24	103,77	97,39	92,16
Durchschnittslohn	81,11	80,90	77,31	74,54

Die Zahl der Unfälle (Anzeigen) hat sich vermindert, die Zahl der Entschädigungsempfänger ebenfalls. Zur Anzeige gelangten 2106 Unfälle. Auf 100 versicherte Personen trafen also 19 Unfälle gegen 19,4 im Jahre 1907. Die Zahl der Verletzten Personen, an die 1908 zum ersten Male Entschädigung bezahlt wurde, betrug 511, darunter 29 jugendliche, von denen 14 weibliche. Den Tod im Gefolge hatten 23 Unfälle, und 199 Unfälle hatten eine teilweise oder dauernde Erwerbsunfähigkeit zur Folge. Von 100 Verletzten erhielten 21,2 eine Rente 1908 wurden insgesamt an Renten für die Verletzten und für das Heilverfahren ausgegeben 556385 M., für Renten an Witwen und Kinder 80501 M. Das sind 666886 M. gegen 655147 M. im Jahre zuvor.

Die meisten Unglücksfälle passierten an Arbeitsmaschinen, Transmissionsen und Motoren, nämlich 259. Der technische Aufsichtsbeamte, der 956 Betriebe im Verlaufe des Jahres 1908 besichtigt hat, fand in 171 Betrieben 249 Verstöße gegen die Unfallverhütungsvorschriften. Eine Verletzung der Unternehmer wegen Uebertretung dieser Vorschriften fand nach dem Berichte dieses Beamten nicht statt. Wegen Anbringen von Schutzgängen an Weblöfen besteht vielfach Abneigung, weil die Arbeiter dies nicht wollen. In einem Betriebe hätte er sämtliche Gänge festgebunden vorgefunden. Wegen Uebertretung der Unfallverhütungsvorschriften wurden 45 Arbeiter verwahrt und 9 Versicherte mit Strafe belegt. Der Beamte der Berufsvereine führt 74 Prozent, das sind 377, aller Unfälle auf das eigene Verschulden der Arbeiter zurück. Dieses ist nicht leicht, das in dem Berichte mit Beweisen nicht belegt ist und ohne Widerspruch wohl nicht angenommen werden kann, weil der Beamte aus dem Inhalte des Aktenmaterials sich gebildet haben. Dabei muß er feststellen, daß gerade an den Stellen, wo die meisten Unglücksfälle vorkamen, an Maschinen und Transmissionsen, dann an Leitern und Treppen, alle von ihm bezeichneten Verstöße gegen die Unfallverhütungsvorschriften herbeiführen. Schutzvorrichtungen anzubringen ist aber doch Sache der Arbeitgeber, und wenn wegen Unterlassung dessen Unglücksfälle vorkommen, so tragen die Arbeitgeber doch mindestens die Mitschuld.

Aus dem Berichte der

Süddeutschen Textil-Berufsgenossenschaft

ist zu ersehen, daß die Zahl der bei ihr Versicherten im Jahre 1908 genau so hoch war wie 1907, nämlich 123115. Die Zahl der Betriebe hat jedoch um zwei zugenommen, es waren 1908 1132 gegen 1096 im Jahre 1905. Die folgende Tabelle gibt Aufschluß über die Zahl der durchschnittlich beschäftigten Arbeiter und über die Löhne:

	Zahl der Arbeiter	Tatsächlich verdienter Lohn	Jahresdurchschnittslohn
1908:	123115	89302415 M.	725,69 M.
1907:	123115	89044388 "	725,26 "
1906:	117674	82608361 "	700,99 "
1905:	117674	77347371 "	657,30 "

Während 1908 der jährliche Durchschnittslohn eines Versicherten (Arbeiter und Betriebsbeamte zusammengefaßt) bei der Leinenberufsgenossenschaft 815,45 M., bei der Norddeutschen Textil-Berufs-

Kolleginnen und Kollegen,

zeigt Euch als tätige Mitglieder unseres Verbandes! Agitiert für Eure Berufsorganisation! Lasset die Hände nicht müßig in dem Schoße liegen. Arbeitet mit Freude und Selbstlosigkeit an dem sozialen Aufstieg unseres Standes!

genossenschaft 811,11 M. betrug, ist der Durchschnittslohn bei der Süddeutschen Textil-Berufsgenossenschaft um fast 100 Mark geringer gewesen, er betrug 736,69 M. Das muß unseren süddeutschen Kollegen zu denken geben, sie werden mehr als bisher die Organisationsarbeit betreiben müssen, um hier nachzukommen.

Die Zahl der Verletzten, für welche im letzten Jahre Entschädigungen bezahlt worden sind, betragen insgesamt 3065 gegen 2928 im Jahre 1907. Unfallsanzeigen wurden im Jahre 1908 1612 erstattet. Die Zahl der verletzten Personen, die das erste Mal Renten erhielten, betrug 349, davon 17 männliche und 12 weibliche Jugendliche. In 17 wurden Entschädigungen bezahlt im Gesamtbetrage von 386 219 M., sodann an die Hinterbliebenen der durch Unfall Getöteten 50 131 M. Die Zahl der Verletzten beträgt 11. Dauernd völlig erwerbsunfähig wurde ein Verletzter gesprochen, 191 dauernd teilweise erwerbsunfähig und die übrigen 146 als vorübergehend erwerbsunfähig. Die meisten Verletzungen, nämlich 203, ereigneten sich auch da an Motoren, Transmissionsen und Arbeitsmaschinen. Nach dem Bericht der Gewerkschaft wurden bei den Betriebsbefehlungen von ihren Beamten 203 Beanstandungen wegen ungenügender Schutzvorrichtungen erhoben. Dazu wird bemerkt, daß die Arbeitnehmer auch nicht immer nach den Vorschriften handeln. Manche Arbeiter trieben oft mit der größten gewissenlosigen Gleichgültigkeit mit der Gefahr ihr Spiel. Diese Behauptung wird durch kein Beispiel erhärtet. Vielmehr wird in dem Bericht gesagt: Besonders bedenkliche Einzel- und Massenunfälle kamen nicht vor.

Hochmals die Nachener Textilarbeiter und ihre „berufenen“ Vertreter beim Arbeitgeberverbande.

In Nr. 2 (15. Jan. 1910) dieser Zeitung haben wir darauf hingewiesen, daß wir uns nochmals mit dem Artikel unter obiger Ueberschrift in Nr. 53 des „Textilarbeiters“ vom vorigen Jahre beschäftigen müßten.

Wenn wir dieses heute tun, so geschieht es, um den verleumderischen Vorwurf, der christliche Textilarbeiterverband treibe in Nachen Komödienstücke mit dem Fabrikantenverbande Komödienstücke zum Schaden der Arbeiter, zurückzuweisen. Bekanntlich ist noch nie im „Textilarbeiter“ über Nachener Verhältnisse und speziell über unseren Verband die Wahrheit geschrieben worden. Im Gegenteil! Die Nachener kleinen und großen Geister des „deutschen“ Verbandes haben von jeher dem Grundsatze getreulich: Verleumde nur immer drauf los, es bleibt doch etwas hängen! Wir haben uns nie viel aus derartigen Angriffen gemacht, weil wir im Laufe der Zeit zur Ueberzeugung gekommen sind, daß das Schimpfen und Verleumden den führenden Geistern des „deutschen“ Verbandes in Nachen zur zweiten Natur geworden ist. In vorliegendem Falle hätte jedoch der Nachener Artikelreiber sich die Sache etwas besser überlegen sollen, dann hätte er sich mit jenen hilflosen Verleumdungen gegen unseren Verband nicht so empfindlich ins eigene Fleisch geschnitten. Daß er letzteres getan hat, wird ihm wohl beim Lesen unseres Artikels in Nr. 2 der „Textilarbeiter-Zeitung“ aufgefallen sein.

Daß der Arbeitgeberverband einen Antrag der Fikale Nachen der „deutschen“ Organisation, den wir nur unter gewissen Voraussetzungen zu unterstützen bereit waren, ablehnte, und der Arbeitgeberverband diese Organisation nicht als verhandlungsfähig anerkennen will, soll beweisen, daß wir in Nachen Komödienstücke trieben.

„Damit wäre — so schreibt der „Textilarbeiter“ — also unser gemeinsamer Plan ins Wasser gefallen. So lange in Nachen die Fabrikanten und die christliche Textilarbeiterorganisation dieses Komödienstück weiter betreiben, müssen halt die Textilarbeiter leiden.“

Von einem Kollegen aus N.-Gladbach wird uns geschrieben: Das deutsche Unternehmertum hat es verstanden, die Lebensverhältnisse der Lohnarbeiter im allgemeinen sehr niedrig zu halten. Ein großer Teil der Arbeiter hat Armut, schlechte Wohn- und Gewerksverhältnisse. Auch der Alkoholismus ist eine Ursache der geistigen und körperlichen Not des Arbeiterstandes. Schon im Jahre 1869 sagte der Abgeordnete Sambricht im norddeutschen Reichstag: „Der, wie ich, eine ganze Reihe von Jahren dem Armenwesen einer ziemlich großen Stadt nahe gestanden hat, der hat die Erfahrung gemacht, daß von 10 Seemannsgefallen sieben auf den übermäßigen Alkoholgenuß zurückzuführen sind.“ In den Blättern für das Samaritanische Armenwesen wurde 1902 gesagt, daß der Teil der Armenfälle, der auf Trunksucht zurückzuführen ist, mit 50% kaum zu hoch lagert sei, ferner machte uns dem Städtelag für die Provinz Sachsen der Stadtrat Ritter die interessante Angabe, daß in Halle a. S. im Jahre 1902 175 Trinker und Trinkerfamilien öffentlich unterstützt und 70 Trinker Anstalten überwiesen werden mußten, so daß die Stadt ein Gesamtanwand von 215 000 M. für die Alkoholikur zu leisten hatte.

Diese Tatsachen führen den unabweislichen Beweis, daß der Alkohol überaus auf bessere Lebenshaltung, geistigere Zustände und auch in moralischer Beziehung einen großen schädlichen Einfluß ausübt. Damit soll nun keineswegs gesagt sein, daß alle soziale Elend vom übermäßigen Alkoholgenuß herrührt. Dann müßte ja der übermäßige Alkoholgenuß ausschließlich eine Arbeiterkrankheit sein. Dem ist aber entgegen zu halten, daß in den höheren und gebildeten Kreisen gerade so gut, wenn nicht noch mehr, dem Alkoholgenuß getrieben wird, wie in Arbeiterkreisen, ja, man kann frei behaupten, daß die Alkoholverzehrung eher von oben aus ins

Vorurteil auf die Sache selbst eingehen, müssen wir kurz das Verhältnis zwischen unserem und dem „deutschen“ Verbande, wie es sich in letzter Zeit gestaltet hat, erörtern.

Bekanntlich wurde auf der Bezirkskonferenz des Nachener Bezirks am 7. Februar 1909 der seit einigen Jahren gefasste Beschluß, mit dem „deutschen“ Verbande bei vorstehenden Lohnbewegungen nicht gemeinsam zu operieren, aufgehoben. Bei der ersten sich bietenden Gelegenheit wurde ein Schreiben an den Arbeitgeberverband gerichtet, von beiden Organisationen unterzeichnet. Der Arbeitgeberverband der Textilindustrie in Nachen teilte hierauf unserem Verbande mit, daß er die Mitwirkung des „deutschen“ Verbandes bei Lohn- und Arbeitsfreilichkeiten sowohl auf schriftlichem wie auf mündlichem Wege unberücksichtigt lassen müsse. Als Grund wurde angeführt: weil der „deutsche“ Verband es seiner Zeit abgelehnt habe, die geschlossene Einrichtung einer ständigen Lösung von Arbeiterstreitigkeiten durch Schiedsgerichtsprechung anzuerkennen. Wir machten dem „deutschen“ Verbande sofort Mitteilung von der Stellungnahme des Arbeitgeberverbandes. Am 7. März fand eine Sitzung von Vertretern des christlichen und des „deutschen“ Verbandes statt, an der unser Bezirksleiter Weber und Gauleiter Reimes vom „deutschen“ Verbande teilnahmen. In dieser Sitzung wurden Schritte beraten, durch die die Anerkennung des „deutschen“ Verbandes bei Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverbande herbeigeführt werden könne. Unsererseits wurde besonders betont, daß wir der gleichberechtigten Anerkennung des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes nicht den geringsten Widerstand entgegenstellen würden, wir erklärten uns bereit, unsererseits an der Befreiung der bestehenden Schwierigkeiten nach Möglichkeit mitzuwirken.

Bezüglich des in Nachen bestehenden Schiedsgerichts für die Textilindustrie erklärten die Vertreter des „deutschen“ Verbandes, daß sie nur dann anerkennen zu wollen, wenn es von Grund aus reformiert worden sei. Unsererseits wurde darauf hingewiesen, daß seitens unseres Verbandes schon Reformvorschlüge gemacht worden seien, die auch ein schnelleres Verfahren des Streitweges herbeigeführt hätten.

Durch praktische Mitarbeit an diesem Schiedsgericht würde der „deutsche“ Verband Erfahrungen sammeln können, es könnte dann versucht werden, daselbe zu verbessern, wenn sich Schwierigkeiten ergeben würden. Schließlich erklärten die Vertreter des „deutschen“ Verbandes sich bereit, das Schiedsgericht in seiner jetzigen Form anzuerkennen und an demselben mitzuwirken, wenn der „deutsche“ Verband als gleichberechtigt anerkannt würde.

Unser Bezirksleiter wurde beauftragt, dieses dem Arbeitgeberverbande schriftlich mitzuteilen, mit dem Ersuchen an den Vorsitzenden, die beiden Verbändevertreter in dieser Angelegenheit zu empfangen. Im Schlußsatze unseres Schreibens an den Arbeitgeberverband bemerkten wir wörtlich:

„Von seitens des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter bestehen keine Bedenken gegen die Abänderung des Gründungsprotokolls vom 8. Januar 1904.“

Der Arbeitgeberverband lehnte es ab, in Gegenwart des Vertreters unseres Verbandes mit dem Vertreter des „deutschen“ Verbandes zu verhandeln und hatte der Vorsitzende eine Unterredung mit dem Vertreter des „deutschen“ allein.

Dieser Unterredung folgte anschließend eine schriftliche Eingabe des „deutschen“ Verbandes an den Arbeitgeberverband, denn wir erhielten unter dem Datum des 4. April 1909 von letzterem die Abschrift des Antwortschreibens an den „deutschen“ Verband, welches in Nr. 53 des „Textilarbeiters“ teilweise veröffentlicht wurde. Übermittelt. Der Arbeitgeberverband stellt in diesem Schreiben dem „deutschen“ Verbande die Bedingung, den bisherigen Abmachungen mit dem Zentralverbande christlicher Textilarbeiter, und zwar einschließlich der Abmachung in der Frage des Doppelvertrages, zuzustimmen. Der „deutsche“ Verband lehnte diese Bedingungen ab, weil er, wie es im „Textilarbeiter“ heißt, nicht in das „kambodische Joch“ kriechen will. Der eigentliche Grund liegt wohl darin, daß er heute nicht dasjenige anerkennen will, was er jahrelang, und zwar aus agitatorischen Gründen, mit allen Mitteln, und oft in der unfeinsten Art, bekämpft hat. Da die am Schiedsgericht getroffenen Ab-

machungen zum Nutzen oder Schaden der Arbeiter gewesen sind, spielt bei den Erwägungen des „deutschen“ Verbandes zu dem vom Arbeitgeberverbande gestellten Bedingungen keine, wohlgerichtet gar keine Rolle. Er würde, wenn er diese Bedingungen akzeptierte, seine ganze Vergangenheit verleugnen müssen; der „deutsche“ Verband würde durch Annahme derselben dokumentieren, daß die langjährige Feindschaft gegen unseren Verband und gegen alles, was derselbe für die Nachener Textilarbeiter getan hat, nur plump angelegte Agitationsmanöver gewesen sind. Ja! Ja! Verleumdung des Gegners ist auf jeden Fall bequemer und billiger, als praktische Arbeit leisten. Besonders, wenn man weit ab vom Schuß steht und nichts zu riskieren hat.

Die Stellungnahme unseres Verbandes zu dem häuslichen Streit zwischen Arbeitgeberverband und „deutschem“ Textilarbeiterverbande ist klar und deutlich. Wir haben sowohl dem Arbeitgeberverbande als auch dem „deutschen“ Verbande gegenüber absolut keine Zweifel darüber gelassen, daß uns die Tatsachen, ob der „deutsche“ Verband die vom Arbeitgeberverbande gestellten Bedingungen annimmt oder ablehnt, ungemehrt kalt lassen.

Dasjenige, was wir im Laufe der Jahre für die Nachener Textilarbeiterschaft erzielt haben, bedarf gar nicht der Anerkennung des „deutschen“ Verbandes. Will er es nicht tun, läßt er's eben bleiben. In Wert verliert dadurch die Arbeit unseres Verbandes um keinen Pfifferling. Dasjenige, was die Nachener Textilarbeiterschaft jedoch tun werden und tun müssen, ist, das Verhältnis zwischen dem Arbeitgeberverbande und dem „deutschen“ Verbande als eine gegebene Tatsache hinzunehmen, mit der die Nachener Textilarbeiter zu rechnen und tun nach sie ihre Taktik bei Lohnbewegungen einzurichten haben. Oder glaubt der „deutsche“ Textilarbeiterverband, die Nachener Textilarbeiterschaft sei dumm genug, für ihn die Anerkennung beim Arbeitgeberverbande zu erlämpfen? Oder unter Verband sei geneigt, sich in Nachen die jeweilige Taktik von den „Deutschen“ vorschreiben zu lassen? Sollte er dieses glauben, so befindet derselbe sich in einem bedauerlichen Irrtum. Eben weil unser Verband sich nicht ins Schlepptau des „deutschen“ nehmen ließ, glaubt man die Ablehnung eines Antrages des „deutschen“ Verbandes als eine passende Gelegenheit benutzen zu können, unseren Verband wiederum zu verleumden, ihn des Komödienstücks zu beschuldigen.

Der „Textilarbeiter“ schreibt in Nr. 53, nachdem er in bekannter Weise die Lage der Nachener Weber geschildert:

„Dieser Umstand hatte uns bewogen, an den Arbeitgeberverband den Antrag auf generelle Erhöhung der Grundlöhne der Webstuhlführer um nur 1 Pig pro 1000 Schuß zu stellen. Wir wandten uns mit diesem Gedanken zuerst an die hiesige örtliche Zeitung des christlichen Textilarbeiterverbandes, in der Absicht, diese Organisation für unseren Plan zu gewinnen und ein gemeinsames Vorgehen zu erzielen.“

Kein, lieber „Textilarbeiter“, nicht mit diesem Gedanken wandte man sich an uns, sondern wir wurden auf Grund eines Schreibens vom 16. Sept. 1909 vor eine vollendete Tatsache gestellt. Die „Deutschen“ hatten beschloffen und uns sollte nur gnädigst gestattet werden, mit zu unterzeichnen. Tatsächlich haben wir dieses und erhielten wir dann vom Arbeitgeberverbande eine ablehnende Antwort, so sollte uns ferner gnädigst gestattet sein, diese schwerwiegende Forderung in allen Instanzen selbst zu vertreten. Wurde dort nicht alles erreicht, was in dem Antrage gefordert wurde, so war es selbstverständlich, daß der christliche Textilarbeiterverband und Schuld daran trug, und für unsere „deutschen“ Freunde wäre dann eine passende Gelegenheit gekommen für eine lustige Jagd gegen uns, nach der man sich ansehend schon längere Zeit sehnt.

Man sieht, die Sache war gut ausgeht und wäre zweifellos gelungen, wenn wir bei den „Klugen“ der Zweite im Bunde gewesen wären, der, ohne sich

zu bestimmen, auf die dargebotene Beiratschaft gekippt wäre.

Die „Deutschen“ in Nachen sind doch Luchse Leute geworden. Jahrelang hat man den christlichen Textilarbeiterverband in Nachen verächtlich, weil er bei Arbeitsfreilichkeiten die Vertretung beim Arbeitgeberverbande und in den sonstigen Vermittlungsinstanzen allein machte.

Heute wird er des Komödienstücks verdächtigt, weil er gegebenen Falles die Vertretung nicht mehr allein übernehmen will. Wie wir sehen, kann der christliche Textilarbeiterverband es den Nachener „Deutschen“ nie recht machen, und weil wir dieses wissen, lassen wir sie ruhig weiter schimpfen. Wer in Nachen Komödienstück treibt, überlassen wir der Beurteilung der Nachener Textilarbeiter. Nach Durchsicht des von uns angeführten wird jeder aufmerksame Leser leicht herausfinden, wer in Nachen den Komödianten spielt. Dieses zu erkennen, ist um so leichter, da die Nachener Textilarbeiterschaft noch nicht vergessen hat, welches lächerliche Komödiantspiel der „deutsche“ Textilarbeiterverband bei Gelegenheit der Finanzreform spielte und wie jämmerlich die Komödianten damit auch in Nachen hereingefallen sind.

Es hat den Anschein, als ob der „Waffenstillstand“ in Nachen abgelaufen sei, wenigstens sollten wir die Anerkennung gegen unseren Verband in Nr. 53 des „Textilarbeiters“ so auf.

Wir wollen den erbitterten Kampf, der jahrelang zwischen den beiden Organisationen getobt hat, neuerdings nicht heraufbeschwören, schon im Interesse der Arbeiterschaft nicht; wollen ihn unsere Gegner jedoch, so könnten sie die Erfahrung machen, daß sie an die unverrichte Schmelde gekommen sind.

Den Textilarbeitern von Nachen und Umgebung rufen wir zu: Stärkt die Reihen des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter, denn nur dieser ist in der Lage, wirkliche Vorteile für die Arbeiterschaft zu erwirken. Er sucht die Vorteile zu erreichen in ruhiger aber zielbewusster Arbeit und nicht mit Schreihäuferei und Verdächtigungen gegenüber Andersdenkenden. ew.

Aus dem Verbandsgebiete.

Lohnbewegungen und Arbeitsfreilichkeiten.

Gronau.

Die Arbeiter der Firma Eisermark sind ausgeperrt, nachdem die Forderung der streikenden Arbeiter abgelaufen war. Die Firma lehnt jede Verhandlung mit den Verbandsvertretern ab. Es stehen über 700 Arbeiter auf der Straße, selbst Meister und Vorarbeiter wurden entlassen. Es sind rund 200 Arbeiter organisiert. Ob die Ausperrung auch auf die anderen Betriebe übergehen wird, können wir nicht mit Bestimmtheit behaupten oder verneinen. Jedenfalls sind wir auf alles gefaßt. Möge die Gronauer Arbeiterschaft erkennen, wie notwendig sie eine Stütze in einer guten Berufsorganisation hat.

Stadtilohn.

Stadtilohn. — Besätze und Vordarmerie. In den hiesigen Webereien wurde bislang noch ein Stunden pro Tag gearbeitet. Als nun der gesetzliche Beschäftigungstag für die Arbeiterinnen am 1. Jan. kam, war dieses gleichbedeutend mit der Einschränkung des Beschäftigungstages überhaupt. Bei den großen Anzahlen der beschäftigten Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiter rentiert sich ein längerer Arbeitstag für erwachsene Arbeiter nicht. Von unserer Seite wurden Anfang Dezember in verschiedenen Fabrikverwaltungen die Arbeiterausschüsse beauftragt, bei den Firmeninhabern vorstellig zu werden und zu beantragen, die Mithilagszeit möge von einer Stunde auf eineinhalb Stunden verlängert werden; ebenso möge abends um 6 1/2 Uhr Feierabend gemacht werden. Sämtliche Fabrikanten erklärten, mit einer solchen Regelung einverstanden zu sein. Damit lägen die Sache erledigt. In den letzten Tagen des Dezember machten nun sämtliche Firmen bekannt, daß vom 3. Jan. an mit je einer halbstündigen Pause vor- und nachmittags ge-

Demut der übermäßige Alkoholgenuß den Aufstieg des Arbeiterstandes?

Von einem Kollegen aus N.-Gladbach wird uns geschrieben: Das deutsche Unternehmertum hat es verstanden, die Lebensverhältnisse der Lohnarbeiter im allgemeinen sehr niedrig zu halten. Ein großer Teil der Arbeiter hat Armut, schlechte Wohn- und Gewerksverhältnisse. Auch der Alkoholismus ist eine Ursache der geistigen und körperlichen Not des Arbeiterstandes. Schon im Jahre 1869 sagte der Abgeordnete Sambricht im norddeutschen Reichstag: „Der, wie ich, eine ganze Reihe von Jahren dem Armenwesen einer ziemlich großen Stadt nahe gestanden hat, der hat die Erfahrung gemacht, daß von 10 Seemannsgefallen sieben auf den übermäßigen Alkoholgenuß zurückzuführen sind.“ In den Blättern für das Samaritanische Armenwesen wurde 1902 gesagt, daß der Teil der Armenfälle, der auf Trunksucht zurückzuführen ist, mit 50% kaum zu hoch lagert sei, ferner machte uns dem Städtelag für die Provinz Sachsen der Stadtrat Ritter die interessante Angabe, daß in Halle a. S. im Jahre 1902 175 Trinker und Trinkerfamilien öffentlich unterstützt und 70 Trinker Anstalten überwiesen werden mußten, so daß die Stadt ein Gesamtanwand von 215 000 M. für die Alkoholikur zu leisten hatte.

Koff hinzugezogen worden ist. Gerade die oberen Volksschichten haben die Trunksucht ausgebildet, die von den untern Volksschichten nachgeahmt werden. Aber verhängnisvoll und verwerflich ist der Alkoholgenuß im besonderen Maße für die Arbeiterklasse.

Dieser Beweis zu erbringen, kann nicht schwer fallen. Das Schicksal des Arbeiterstandes hängt von der gewerkschaftlichen Organisation ab, ohne Organisation ist die Arbeiterfrage nicht zu lösen, und je fester die Organisation ist, desto größeren Einfluß wird der Arbeiterstand auf Staat und Arbeitsvertrag ausüben. Es ist nun eine oft zu beobachtende Tatsache, daß eine Arbeitergruppe den Organisationsbestrebungen um so weniger zugänglich ist, je mehr sie dem Alkoholgenuß huldigt, denn der Alkohol verdirbt nicht nur die Zurückhaltlichkeit aller Vorkoren, die den Arbeiter zu Stand bringen, sondern er hemmt auch das Ansehen in jener Welt, die ihm nahe ist und die Arbeiterklasse aus ihren heutigen Zustände herauszuführen. Es wird der Alkohol zu einem Hemmnis der Arbeiterbewegung und zu einem Rachtmittel der herrschenden Klassen. Er verdirbt nicht nur die materielle Not und löst die geistige Regsamkeit und jede Lust für schwere und edle Gesäfte.

Darum ist es notwendig, dem Arbeiter zu sagen, daß es keine Werte, sondern nur Tuschungen und Kränkheiten sind, die er sich durch den Alkoholgenuß zu verschaffen vermag. Tuschungen, für die der Alkohol sich bezahlen läßt, nicht nur vom Portemonnaie, sondern auch von Gesundheit, Leben und Lebensglück. Für wen ist es wichtiger, seinen Kindern Gesundheit und geistige Fähigkeiten des Körpers und Geistes zu vererben, als für den, der den Kindern ein Erbe aus die Eigenschaften und nichts anders hinterlassen kann? Ja, anstatt alles dieses möchte ich allen Arbeitern eindringlich empfehlen: Haltet euch von herabsetzenden Getränken, denn der Alkohol löst die Erkenntnis und Arbeitslust in den Dingen, die aus Arbeit hervorgehen können, er wußt schmeibet aus unsern Köpfen und ersetzt sie mit der törichten Hoffnung, daß es auch ohne Organisationsarbeit besser werden kann. Darum, liebe

Verbandsbrüder, hüten wir uns vor zu vielem Alkoholgenuß!

So weit die Aufschrift des Kollegen, dessen Mahnung wir uns nur mit vollem Herzen anschließen können. Zur Ergänzung dieses Auftrages bringen wir einen Auszug aus einer Rede, die der schlesische Pfarrer und Landtagsabgeordnete Kapiza auf der Breslauer Katholikerversammlung gehalten hat. Kapiza sagte:

„Der Alkohol ist auf Kosten der übrigen Produktionsweise groß geworden. Seine Opfer sind größer als sein wirtschaftlicher Nutzen. Die Volkswirtschaft muß auf eine innere physische wie moralische Genugung und Kräftigung des Volkes hinwirken, der Alkoholgenuß dagegen trägt den Keim der Degeneration in sich, er schwächt die intellektuellen und moralischen Kräfte des Menschen. Wie verhält sich der Alkohol zur Seifensarbeit? Der größte Reizgrund eines Volkes ist die Intelligenz; das Wissen, die Erkenntnis der Wahrheit und das beständige Streben nach ihr, das Studium, die berufliche Bildung des einzelnen wie eine gründliche allgemeine Volksschulbildung bedeutet für die normale organische Entwicklung der menschlichen Gesellschaft dasjenige, was das Sonnenlicht für die Organismen der Natur bedeutet. Der Alkohol aber ist ein Feind des Geisteslebens. Genau wissenschaftliche Experimente haben ergeben, daß ein Quantum Alkohol, welches im gewöhnlichen Leben durchaus als möglich gilt, durch Schädigung gewisser Hirnpartien die Seifensarbeit schädigt und schwächt. Größere Alkoholgaben machen die Seifensarbeit noch schwieriger und schließlich ganz unmöglich, und wenn das bauernd täglich wiederholt wird, kann wird die Schädigung der Seifensarbeit auch dauernd.“

Der Alkohol züchtet nicht nur eine wirtschaftliche, sondern auch eine geistige Bedürfnislosigkeit. Kein Bedürfnis nach einer Zeitung, nach einem Buch, nach Fortbildung, kein Verlangen nach geistigen Gesäften, an geistiger Erholung. Der Alkohol verdirbt die Initiative, alkoholisierte Menschen sind zur Selbsthilfe unfähig, der Alkohol erschwert die gesellschaftliche Kommunikation, er begünstigt das soziale Vergehen und behindert das soziale Handeln. Wie verhält sich der Alkohol zur

Moral? Die Schädigung der Intelligenz durch den Alkohol zieht auch die Moral in Mitleidenhaftigkeit. Die moralischen Kräfte erhalten das Blut, das Blut des menschlichen Organismus, sie erhalten die Volkseele gesund. Daher muß die wahre äußere Kultur auf einer inneren Kultur, der Seelenkultur basieren. Diese inneren Kultur des einzelnen Menschen wie der ganzen Gesellschaft besteht in der Unterordnung des Körpers unter den Geist, der materiellen Interessen unter die geistigen. Aber im Kampfe des Fleisches gegen den Geist ergreift der Alkohol sofort Partei für den Leib und gegen den Geist. Er schwächt den Geist und knechtet den Willen, dagegen weckt er die sinnlichen Triebe. So gelangt der Jörn, die Nach, der Uebermut und der Geschlechtstrieb zur Herrschaft.

Wie groß ist die geistige und moralische Schädigung des sozialen Organismus durch den Alkohol? Das deutsche Volk gibt bekanntlich jährlich für Alkoholla 3 1/2 Milliarden Mark aus. Bei einem solchen ungeheuren Alkoholgenuß liegt die Gefahr der Degeneration nahe. Der Blut des Alkoholmeeres enthält zu tun, ist das Verbrechen der Mäßigkeitsbewegung, aber jede Mäßigkeitsbewegung ist von vornherein unfruitbar, wenn sie sich bloß gegen die ausgesprochene Trunksucht richtet und nicht auch die Ursachen des Alkoholgenußs beseitigt. Was ist die innere Ursache des Alkoholgenußs? Woher kommt es, daß die sozialen Instanzorgane, wie Not, Elend, Krankheit, Wohnungsnot, niedrige Löhne, Arbeitsüberbürdung usw. Diese Verhältnisse rufen nach Linderung und Beseitigung, und da kommt der Alkohol und reizt die Betäubung. Der Alkohol wußt, aber wie? Er beseitigt nicht die Krankheit, den Schmerz und die Armut, sondern er verdoppelt alles, er ist nur Morphium für das unglückliche Herz. Darum bilden wahre soziale Reformen das erste Mittel gegen den Alkoholgenuß. Jedes soziale Gesetz, jede neue sinnvolle Arbeitsverteilung, jede Forderung der Lebenshaltung des Arbeiters, jedes freundliche Wort des Arbeitgebers, jeder Arbeiterverein ist ein Mittel zur Linderung der sozialen Missstände, darum auch ein Mittel gegen den Alkoholgenuß.“

Vorstände! Vertrauensleute!

Nutzt die Zeit! Betreibt eine systematische Agitation! Eine gut organisierte und gut durchgeführte Fabrik- und Hausagitation wird unsere Reihen stärken. Wir arbeiten für unsere Familie, für unseren Stand, für unser Vaterland!

Arbeit werden würde. Die Arbeiter sahen in dem Vorgehen der Fabrikanten eine überlegte Provokation der Arbeiterkraft bezug der Organisation. Es bemächtigte sich ihrer eine große Erregung. Nur mit Mühe gelang es unserem Bezirksleiter Lenking, in einer am 3. Jan. abgehaltenen sehr stark besuchten allgemeinen Versammlung von einem direkten Streik abzuhalten. Es wurde indes einstimmig beschlossen, einzuweichen so zu arbeiten, wie die Unternehmer wollten. Im übrigen möge sich der Verband der Sache annehmen.

Am 4. Jan. wurde in allen Betrieben, entsprechend den Beschlüssen der Versammlung, fleißig gearbeitet. Bekanntlich war das Wetter an diesen Tagen sehr schön. Da die Arbeiter nicht wußten, was sie in der Nachmittagspause anders anfangen sollten, benutzten sie diese Zeit zu einem Spaziergange in die Stadt hinein. Es war für die Bürger ein ungewöhnliches Schauspiel, mitten am Nachmittag Hunderte Arbeiter in der Stadt spazieren zu sehen. Die Ruhe wurde jedoch überall peinlich gewahrt. Die städtische Behörde war jedoch nervös geworden. Als am folgenden Nachmittag die Arbeiter, nichts Böses ahnend, ihren Spaziergang fortsetzen wollten, trafen sie in allen Straßen preussische Pötelhaußen. Die Gendarmen sollte die Ruhe aufrecht erhalten. Dabei waren die Arbeiter jedenfalls ebenso ruhig, wie der Herr Bürgermeister und die Herren Fabrikanten zusammengekommen.

Da sich die Arbeiter so ohne weiteres ihre Bürgerrechte und dazu gehört doch auch das Spazierengehen nicht nehmen lassen wollten, berieten sie am 6. Jan. eine große Protestversammlung ein. Diese war von der gesamten Bürgererschaft riefig stark besucht. Kollege Lenking referierte in einem häufig von lebhaftem Beifall unterbrochenen Vortrage über die neuesten Vorkommnisse am Ort. Zu einer angenommenen Resolution wurde namentlich gegen das Eingreifen der Behörde in die Arbeiterangelegenheit protestiert. Jetzt hat Stadtkönig, wenigstens äußerlich, seine Ruhe wieder. Das eine Gute hat die Geschichte gezeitigt: Ueber 150 Arbeiterinnen und Arbeiter haben sich, getrieben durch Fabrikanten und Gendarmen, unserm Verbande angeschlossen.

Aus dem Wuppertale.

Abwehr einer Verschlechterung der Arbeitszeit. — Tarifbewegung der Strangfärbereiarbeiter. Durch die Bestimmungen der neuen Gewerbeordnungs-Novelle, wonach Arbeiterinnen nicht länger als 10 Stunden pro Tag beschäftigt werden dürfen, sind hier in mehreren Betrieben Differenzen zwischen Unternehmern und Arbeitern ausgebrochen. Die Einführung der sog. englischen Arbeitszeit an Samstagen, durch welche die Arbeiter und Angefellten Samstag mittags um 12 oder 1 Uhr Arbeitsschluss hatten, hat in den letzten Jahren besonders in der Textilindustrie große Fortschritte gemacht.

Im Jahre 1908 hatten den freien Samstag Nachmittags beschäftigt: in Barmen 533 Betriebe mit 23266 Arbeitern, in Elberfeld 76 Betriebe mit 5551 Arbeitern, in Reibitz 4 Betriebe mit 1056 Arbeitern, in Ronneburg 14 Betriebe mit 645 Arbeitern und in Schwelm 5 Betriebe mit 77 Arbeitern. In Barmen sind im Jahre 1909 noch 55 Betriebe mit 575 Arbeitern hinzugekommen. In einer Anzahl dieser Betriebe hatte man den Samstag Nachmittags nur freigegeben, weil die Arbeiter sich bereit erklärten, an den übrigen Tagen etwas länger arbeiten zu wollen.

Als jetzt die Arbeitszeit für die Arbeiterinnen auf 10 Stunden bemessen wurde, versuchten die Fabrikanten, um keine Verkürzung der Arbeitszeit eintreten zu lassen, den freien Samstag nachmittags wieder abzuschaffen. Besonders die Vereinigungen der Wäscheband- und Nierenderherfabrikanten wehrten sich gegen eine Verkürzung der Arbeitszeit. Zunächst wurde versucht, von der Regierung für das hiesige Gewerbe Ausnahmebestimmungen zu erlangen. Die Regierung lehnte selbstverständlich ab, weil sonst wohl alle übrigen Unternehmern eine Gegenwehr geboten haben wollten. Darauf wurde beschlossen, die Arbeitszeit nicht unter 58 resp. 59 Stunden pro Woche heruntergehen zu lassen. Die Arbeiter wollten aber den freien Samstag nachmittags unbedingt beibehalten wissen und auch die Geschäftsleute, welche für die Einführung des Acht-Uhr-Lohnschlusses und der erweiterten Sonntagsruhe nur zu haben waren, weil es den Arbeitern möglich war, an den Samstag nachmittags ihre Einkäufe zu besorgen, stellten sich auf die Seite der Arbeiter. Jetzt suchen sich die Fabrikanten dadurch zu helfen, daß sie die Arbeiterinnen $\frac{1}{4}$ — $\frac{1}{2}$ Stunde später anfangen oder früher Schluss machen lassen und dann Samstag nachmittags den Betrieb bis 2 Uhr laufen lassen, anstatt bisher bis 1 Uhr. Aber auch gegen diese Regelung der Arbeitszeit müssen sich die Arbeiter zur Wehr setzen, denn 10 Stunden pro Tag ist gerade lang genug und Samstag von 7 bis 2 Uhr ohne jede Pause arbeiten zu sollen, ist doch etwas viel verlangt. Dazu kommt noch, daß durch eine derartige Regelung der Arbeitszeit der Gehaltsentzug für viele Arbeiterinnen illusorisch werden würde, weil sie mit den männlichen Arbeitern doch mit der Zeit wieder zusammen die Arbeit beginnen und einkehren müßten. In einigen Betrieben soll dies schon heute wieder der Fall sein. Wenn es aber den Seidenbandfabrikanten möglich war, die 56 1/2 stündige Arbeitswoche einzuführen, dann muß das auch für die ganze Besatzbranche möglich sein. Und die Arbeiterkraft dieser Branche wird nicht ruhen, bis auch für sie die Arbeitszeit eine ihnen zuzugewandte Regelung gefunden hat. Allerdings darf die Sache nicht auf die lange Bank geschoben werden. Jetzt, wo der Geschäftsgang in fast sämtlichen Betrieben ein flotter ist und sich ein ziemlicher Mangel an gekerkerten Arbeitern geltend macht, läßt sich vieles erreichen, wenn nur die Arbeiter den nötigen Druck dahinter setzen.

Die Strangfärbereiarbeiter von Elberfeld. Barmen sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Vom sozialdemokratischen Textilarbeiterverbande, der glaubt, die christlich-organisierten Färberei- und Bleichereiarbeiter bei dieser Bewegung gar nicht nötig zu haben, wurden folgende Forderungen an die vier in Frage kommenden Unternehmervereinigungen eingeschickt:

1. Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt für die Dauer des Vertrages 56 Stunden. Die Arbeitszeit beginnt morgens um 7 Uhr und endet abends um 7 Uhr. Samstag wird von morgens 7 bis 1 Uhr durchgearbeitet. Pausen treten ein mittags von 12 bis 1,30 Uhr und nachmittags

von 4 bis 4,30 Uhr. Während der Wintermonate (von Dezember bis März) ist die Kaffeepause von 4,30 bis 5 Uhr.

2. Der Lohn der Gehilfen unter 21 Jahren beträgt pro Woche 24 M., derjenigen über 21 Jahre 26 M. Dort, wo eine höhere Lohnskala vorhanden ist, bleibt dieselbe bestehen.

3. Der jetzt bestehende Lohn der selbständigen Färberei- sowie Hilfsarbeiter wird um 2 M. erhöht, der der Arbeiterinnen um 1,50 M.

4. Für Ueberstunden wird gezahlt: die erste Ueberstunde von 7—8 Uhr 50% Lohnzuschlag, die zweite von 8—9 Uhr 75%, die dritte und jede weitere Stunde 100%. Ueberstunden und Feiertagslöhnen dürfen in einer Woche nicht zusammenfallen.

5. Sonntagsarbeit wird wie die Nacharbeit mit 100% Lohnzuschlag bezahlt; dieselbe ist soweit wie möglich zu vermeiden.

6. Die ständigen Nachtarbeiter erhalten einen Lohnzuschlag von 25%, für die 7. Nacht (Sonntag auf Montag) 50% Zuschlag.

7. Der Lohn der Lehrlinge beträgt im ersten Jahre pro Woche 8 M., im zweiten 12 M. und im dritten 15 M.

8. Die Lohnzahlung ist wöchentlich und erfolgt freitags vor Arbeitsschluss.

9. Gesetzliche Feiertage werden bezahlt.

10. Die Kündigungsfrist ist für sämtliche Arbeitgeber und Arbeiter eine eintägige und hat immer am Tage vorher zu erfolgen.

11. Zur Schlichtung etwa während der Vertragsdauer entstehender Differenzen wird eine zu gleichen Teilen aus Vertretern der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisation bestehende Schlichtungskommission eingesetzt, welche nach Ausschluß von Differenzen innerhalb einer Woche, vom Tage der Ausrufung an gerechnet, zusammenzutreten muß.

12. Die Kündigungsfrist des Tarifs ist eine dreimonatliche. Erfolgt von keiner Seite eine Kündigung, so läuft derselbe ein volles Jahr weiter.

13. Beide Parteien verpflichten sich, den Tarif genau einzuhalten, und hat während der Vertragsdauer jeder Versuch zu einer Verschlechterung oder Verbesserung zu unterbleiben.

Dieselben Forderungen wurden schon im vorigen Jahre gestellt, von den Unternehmern aber abgelehnt. Vom sozialdemokratischen Verband wurde damals nichts unternommen, um diese Forderungen durchzubringen, angeblich wegen des schlechten Geschäftsganges. Jetzt hält man den Zeitpunkt wohl für günstiger. Die Unternehmervereinigungen haben allerdings auch diesmal wieder die Forderungen glatt abgelehnt. Der Vergische Baumwollfärbereiverband, die Wuppertaler Färberei-Vereinigung und die Wuppertaler Weicher-Vereinigung geben bekannt, daß diese drei Verbände laut Statut nicht in der Lage seien, zu den gestellten Forderungen Stellung zu nehmen. In einer besonders einberufenen Generalversammlung, in welcher sich sämtliche Betriebe solidarisch erklärt hatten, sei jedoch einstimmig festgestellt worden, daß es den Färbereien unmöglich sei, eine Erhöhung der Löhne oder Verkürzung der Arbeitszeit eintreten zu lassen. Demselben hat der Verein der Wuppertaler Seiden- und Kunstseidenfärberei es abgelehnt, einen Tarifvertrag von Organisation zu Organisation abzuschließen. Die Unternehmerverbände begründen die ablehnende Haltung der Färbereibetriebe gegenüber den gestellten Forderungen mit dem üblichen Hinweis auf die anderwärts bestehende Konkurrenz. Es ergebe ein Vergleich mit den in Rrefelder Färbereien gezahlten Löhnen, daß die in den hiesigen Färbereien gezahlten Löhne jetzt schon wesentlich höher seien, wobei noch besonders berücksichtigt werden müßte, daß der Rrefelder Tarif für drei Jahre festgelegt sei und diese billigen Löhne bis zum Ablauf dieses Tarifes auf alle Fälle bestehen bleiben.

Was das auch zum Teil zutrifft, so bleibt aber doch die Tatsache bestehen, daß in einigen Wuppertaler Färbereien heute schon die geforderten Tagelohnsätze und teilweise sogar noch höhere Löhne gezahlt werden. Was aber einigen Fabrikbetrieben bisher schon möglich war, dürfte auch den übrigen in Zukunft möglich sein. Jedenfalls würde eine möglichst einheitliche Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Wuppertaler Färbereibetrieben im Interesse aller Arbeitgeber liegen.

Die Einführung der sog. englischen Arbeitszeit an den Samstagen wird mit dem Hinweis auf dem entgegenstehende technische Schwierigkeiten und mit der durch eine Verkürzung der Arbeitszeit eintretenden wesentlichen Einschränkung der Leistungsfähigkeit und der Produktionsergebnißes und damit auch einer Verminderung der Wettbewerbsfähigkeit der hiesigen Färbereien, begründet. Das sind die stets von den Unternehmern gegen jede Verkürzung der Arbeitszeit ins Feld geführten Behauptungen, die schon so oft widerlegt wurden, daß es sich erübrigt, hier näher darauf einzugehen.

Die Färbereiarbeiter gaben sich denn auch mit den ablehnenden Antworten der Unternehmer nicht zufrieden. In einer stark besuchten Versammlung am 20. Januar wurde beschlossen, am folgenden Tage in einigen Betrieben nochmals vorstellig zu werden und, falls die Forderungen abgelehnt werden, in diesen Betrieben in den Ausstand zu treten. Soweit uns bis jetzt berichtet ist, haben die einzelnen Arbeitgeber die Forderungen ebenfalls abgelehnt, worauf die Arbeiter freitags, den 21. Januar die Arbeit eingestellt resp. die Kündigung eingereicht haben. Etwa 250—300 Arbeiter dürften jetzt schon im Streik stehen. Kommt es in den nächsten Tagen zur Aussperrung, so dürften etwa 1800 in Weichereien und Färbereien beschäftigte Arbeiter hiervon betroffen werden, ohne die Arbeiter der übrigen Branchen, welche in Mitleidenschaft gezogen werden könnten. Wie uns nachträglich gemeldet wird, soll die eine Hälfte der Färberei am 28. Jan. ausgebeert werden, die andere Hälfte am 4. Febr., wenn bis dahin keine Einigung erzielt würde.

Die in unserem Verbände organisierten Kollegen haben sich nur nach den Weisungen unserer Branchenkommission zu richten.

Sanftetten. Die hiesige Ortsgruppe der christlichen Textilarbeiter berief am 16. Jan. eine Familienunterhaltung. Der Bezirksleiter, Kollege Geier-Augsburg, entrollte in einer Ansprache ein kurzes Bild über die Entstehung der gewerkschaftlichen Organisation in Sanftetten und legte dann die Schwierigkeiten dar, welche die christlich-organisierten Arbeiter durch die Gründung des gelben Arbeitervereins in der hiesigen Spinn- und Weberei zu erleiden hatten. Er hob insbesondere hervor, daß das Gegenteil von dem eingetreten sei, was diese gelben Vereine laut ihrem Programm der Arbeiterkraft versprochen hätten. Nicht Friede, sondern Feindschaft ist durch diesen gelben Verein in die Arbeiterkraft getragen worden. Nicht Verbesserung, sondern kolossale Verschlechterungen sind seit Bestehen dieser gelben Vereine zu verzeichnen. Diese Verschlechterungen wurden von der anwesenden Arbeiterkraft — auch Mitglieder des gelben Vereins waren anwesend — mit großem Beifall aufgenommen. Redner streifte sodann noch die letzten Vorkommnisse in Gauspelt bei Bamberg, wo der gelbe Verein ziemlich verkrachte, weil durch einen neuen Tarif eine Reduzierung der Löhne vorgesehen war, was die Gelben deshalb ablehnten und dann in den christlichen Textilarbeiterverband eintraten, so daß die dortige Ortsgruppe von 120 auf 1000 Mitglieder angewachsen ist. Kollege Geier empfahl der Sanftetter Arbeiterkraft, dieses schöne Beispiel nachzuahmen, dann könne baldigt das wieder nachgeholt und verbessert werden, was durch den gelben Verein verkracht und verschlechtert worden ist.

Stbennbüren. In unserer Generalversammlung vom 9. Jan. wurde zunächst die Jahresabrechnung verlesen. Danach betrug die Jahreserinnahme 2638,80 M., die Ausgabe 2916,66 M. Letztere setzt sich zusammen aus 2292,75 M. Arbeitslohnunterstützung, 274,50 M. Krankengeld und 349,41 M. Ortsgruppenanteil, jedoch noch 277,86 M. Zuschlag aus der Zentralkasse zu leisten waren. Da sieht man zu recht, welchen Nutzen der Verband auch in schlechten Zeiten für seine Mitglieder abwirft, wodurch die Redensarten, der Verband nützt ja doch nichts, wohl gründlich widerlegt wird. Bei der Vorstandswahl wurden die Kollegen A. Hungermann als Vorsitzender, G. Herden als Schriftführer und H. Pölle als Kassierer wiedergewählt. Aus der Wahl der Kartelldelegierten gingen hervor die Kollegen G. Hermann, E. Kaiser, A. Hungermann, G. Wagner senior und W. Schroer. Als Kassenrevisoren wählte man die Kollegen G. Schroerlücke und G. Beckl. Es wurde noch beschlossen, den Kartellbeitrag nicht mehr von den Mitgliedern zu erheben, sondern aus der Ortsgruppenkasse zu bestreiten. Darauf referierte ein Kollege vom Orts-

Berichte aus den Ortsgruppen.

Delmenhorst. Unsere Generalversammlung fand am 9. Januar statt. Nachdem der Quartalsabschluss bekannt gegeben und begutachtet war, fanden die notwendigen Neuwahlen statt. Zum Vorsitzenden wurde Kollege Johannes Thume einstimmig wiedergewählt, welcher auch die Wahl annahm mit der Bitte, man möge ihn allseitig unterstützen. Als weiteres Vorstandsmittglied wurde Kollege Joseph Belega gewählt. Kollege Thume sprach dann noch über den Wert der Hausagitation. Bei unsern eigenartigen Verhältnissen können wir nur mit einer solchen vorwärts kommen. Es müßten aber möglichst alle Mitglieder bereit sein, eine intensive und planmäßige Hausagitation einzuleiten und auch mit Ausdauer durchzuführen. Dann würde auch ein Erfolg nicht ausbleiben.

W. Gladbach, Gardterbroich, Wesch. Am 6. Jan. hielt unsere Ortsgruppe eine öffentliche Versammlung ab. Den Saumseligen ist wieder ein sehr reichlicher Abend verloren gegangen. Unser Vorsitzender eröffnete mit einigen einleitenden Worten gegen 8 Uhr die Versammlung. Nachdem er noch den Ankauf einer wichtigen Broschüre empfohlen hatte, erhielt Kollege Schiffer das Wort zu seinem Vortrage. Derselbe behandelte das Thema: „Die Bedeutung der christlichen Gewerkschaften im Wirtschaftsleben“. In der Diskussion wurden noch manche gute Anregungen gegeben. Nachdem der Referent das Schlußwort gesprochen, machte der Vorsitzende, Kollege Krüppel, die Anwesenden noch mit der Abhaltung einer großen Protestversammlung gegen die Arbeitgebermacht bekannt. Dann forderte er die Kollegen zur regen Beteiligung an der bevorstehenden Hausagitation auf.

W. Gladbach. (Sozialdemokratische Denunzianten.) In Nr. 1 dieser Zeitung berichteten wir, daß der „Textilarbeiter“ genug zu tun habe, wenn er vor seiner eigenen Türe lehre, da sich doch Schmutz genug finde. Im folgenden soll dieses noch näher begründet werden. Bei der Firma M. Steinberg hatte eines unserer Mitglieder das Unglück, sich einen Finger zu verletzen. Hierdurch war er arbeitsunfähig. Da er sonst körperlich gesund war, gestattete ihm der Arzt nach Verlassen auszugehen. Da der Kollege eifrig für unsere Verbände tätig ist, stellte er sich auch in dieser freien Zeit der Bewegung zur Verfügung. Unter anderem half er gelegentlich der Gewerkschaftswahl Flugblätter verteilen. Dieses ging aber den Genossen wider den Strich, sie hatten nichts eiligeres zu tun, als den Kollegen in dieser Hinsicht bei der Firma zu denunzieren. Die Denunziation hatte aber nicht den gewünschten Erfolg. Es sollte sich jedoch bald eine neue Gelegenheit bieten, wo die Genossen ihre „Arbeiterfreundlichkeit“ betätigen konnten. Die Wahl zum Krankenassenvorstande ergab, daß der benutzte Kollege als Vorstandsmittglied aus demselben herabging. Diese Wahl wollte der Firmeninhaber nicht anerkennen. Es wurde demselben jedoch klar gemacht, daß es einer Anerkennung seinerseits gar nicht bedürfte. Diese Behauptung brachte Herr Steinberg so in Erregung, daß er die Kündigung des neuen Vorstandsmittgliedes anordnete. Wie es nun schon mehrmals im Betriebe vorgekommen und auch allgemein üblich ist, wurde der Arbeiterausstoß angegangen, bei der Firma wurde Zurücknahme der Kündigung zu vermitteln. Jetzt zeigte sich die Genossen in ihrer wahren Größe. Es wurden allerlei Ausflüchte gemacht, um ein Vorstelligwerden hinauszuwickeln. Mit anderen Worten, sie drückten sich. Als nun unsere Mitglieder das Vorhaben der Genossen durchgesehen, gingen sie ohne diesbezügliche bei der Firma vor. Ihr Vorgehen war auch von Erfolg gekrönt, sie erreichten die Zurückziehung der Kündigung seitens der Firma. Da die Genossen dem Kollegen mit diesem Vorgange den Dank abkatteten für die vielen Bemühungen, die derselbe sich bei Gelegenheit der letzten Bewegung für die Arbeiter unterzogen hat? Man sollte es fast glauben. Besonders wenn sich unter ihren Ausschüßmittgliedern eine Person befindet, die, ohne daß die Abzüge Arbeiterkraft etwas davon weiß, von der Firma das Fahrgehalt vergütet erhält. Sind solche Personen auch, nach dem „Textilarbeiter“, Arbeitervertreter wie sie sein sollen? Bei der Firma Labbacher Textilwerke normalschneidern u. Firmen ist auch ein nach seiner eigenen Aussage „leider Sozialdemokrat geworbener Arbeiter“ (Mitglied des Krankenassenvorstandes). Dieser handelt auch den Grundbesitzer des „Textilarbeiter“ zuwider. Bei Richter u. Co. wurde sehr darüber moniert, daß ein Christlicher sich mal allein mit dem Obermeister unterhalten habe. Wenn aber ein Sprecher der Genossen sich sehr intim mit dem Obermeister stellt, so ist dieses ansehnlich in der Ordnung.

W. Gladbach. (Sozialdemokratische Denunzianten.) In Nr. 1 dieser Zeitung berichteten wir, daß der „Textilarbeiter“ genug zu tun habe, wenn er vor seiner eigenen Türe lehre, da sich doch Schmutz genug finde. Im folgenden soll dieses noch näher begründet werden. Bei der Firma M. Steinberg hatte eines unserer Mitglieder das Unglück, sich einen Finger zu verletzen. Hierdurch war er arbeitsunfähig. Da er sonst körperlich gesund war, gestattete ihm der Arzt nach Verlassen auszugehen. Da der Kollege eifrig für unsere Verbände tätig ist, stellte er sich auch in dieser freien Zeit der Bewegung zur Verfügung. Unter anderem half er gelegentlich der Gewerkschaftswahl Flugblätter verteilen. Dieses ging aber den Genossen wider den Strich, sie hatten nichts eiligeres zu tun, als den Kollegen in dieser Hinsicht bei der Firma zu denunzieren. Die Denunziation hatte aber nicht den gewünschten Erfolg. Es sollte sich jedoch bald eine neue Gelegenheit bieten, wo die Genossen ihre „Arbeiterfreundlichkeit“ betätigen konnten. Die Wahl zum Krankenassenvorstande ergab, daß der benutzte Kollege als Vorstandsmittglied aus demselben herabging. Diese Wahl wollte der Firmeninhaber nicht anerkennen. Es wurde demselben jedoch klar gemacht, daß es einer Anerkennung seinerseits gar nicht bedürfte. Diese Behauptung brachte Herr Steinberg so in Erregung, daß er die Kündigung des neuen Vorstandsmittgliedes anordnete. Wie es nun schon mehrmals im Betriebe vorgekommen und auch allgemein üblich ist, wurde der Arbeiterausstoß angegangen, bei der Firma wurde Zurücknahme der Kündigung zu vermitteln. Jetzt zeigte sich die Genossen in ihrer wahren Größe. Es wurden allerlei Ausflüchte gemacht, um ein Vorstelligwerden hinauszuwickeln. Mit anderen Worten, sie drückten sich. Als nun unsere Mitglieder das Vorhaben der Genossen durchgesehen, gingen sie ohne diesbezügliche bei der Firma vor. Ihr Vorgehen war auch von Erfolg gekrönt, sie erreichten die Zurückziehung der Kündigung seitens der Firma. Da die Genossen dem Kollegen mit diesem Vorgange den Dank abkatteten für die vielen Bemühungen, die derselbe sich bei Gelegenheit der letzten Bewegung für die Arbeiter unterzogen hat? Man sollte es fast glauben. Besonders wenn sich unter ihren Ausschüßmittgliedern eine Person befindet, die, ohne daß die Abzüge Arbeiterkraft etwas davon weiß, von der Firma das Fahrgehalt vergütet erhält. Sind solche Personen auch, nach dem „Textilarbeiter“, Arbeitervertreter wie sie sein sollen? Bei der Firma Labbacher Textilwerke normalschneidern u. Firmen ist auch ein nach seiner eigenen Aussage „leider Sozialdemokrat geworbener Arbeiter“ (Mitglied des Krankenassenvorstandes). Dieser handelt auch den Grundbesitzer des „Textilarbeiter“ zuwider. Bei Richter u. Co. wurde sehr darüber moniert, daß ein Christlicher sich mal allein mit dem Obermeister unterhalten habe. Wenn aber ein Sprecher der Genossen sich sehr intim mit dem Obermeister stellt, so ist dieses ansehnlich in der Ordnung.

Hannfetten. Die hiesige Ortsgruppe der christlichen Textilarbeiter berief am 16. Jan. eine Familienunterhaltung. Der Bezirksleiter, Kollege Geier-Augsburg, entrollte in einer Ansprache ein kurzes Bild über die Entstehung der gewerkschaftlichen Organisation in Hannfetten und legte dann die Schwierigkeiten dar, welche die christlich-organisierten Arbeiter durch die Gründung des gelben Arbeitervereins in der hiesigen Spinn- und Weberei zu erleiden hatten. Er hob insbesondere hervor, daß das Gegenteil von dem eingetreten sei, was diese gelben Vereine laut ihrem Programm der Arbeiterkraft versprochen hätten. Nicht Friede, sondern Feindschaft ist durch diesen gelben Verein in die Arbeiterkraft getragen worden. Nicht Verbesserung, sondern kolossale Verschlechterungen sind seit Bestehen dieser gelben Vereine zu verzeichnen. Diese Verschlechterungen wurden von der anwesenden Arbeiterkraft — auch Mitglieder des gelben Vereins waren anwesend — mit großem Beifall aufgenommen. Redner streifte sodann noch die letzten Vorkommnisse in Gauspelt bei Bamberg, wo der gelbe Verein ziemlich verkrachte, weil durch einen neuen Tarif eine Reduzierung der Löhne vorgesehen war, was die Gelben deshalb ablehnten und dann in den christlichen Textilarbeiterverband eintraten, so daß die dortige Ortsgruppe von 120 auf 1000 Mitglieder angewachsen ist. Kollege Geier empfahl der Sanftetter Arbeiterkraft, dieses schöne Beispiel nachzuahmen, dann könne baldigt das wieder nachgeholt und verbessert werden, was durch den gelben Verein verkracht und verschlechtert worden ist.

Stbennbüren. In unserer Generalversammlung vom 9. Jan. wurde zunächst die Jahresabrechnung verlesen. Danach betrug die Jahreserinnahme 2638,80 M., die Ausgabe 2916,66 M. Letztere setzt sich zusammen aus 2292,75 M. Arbeitslohnunterstützung, 274,50 M. Krankengeld und 349,41 M. Ortsgruppenanteil, jedoch noch 277,86 M. Zuschlag aus der Zentralkasse zu leisten waren. Da sieht man zu recht, welchen Nutzen der Verband auch in schlechten Zeiten für seine Mitglieder abwirft, wodurch die Redensarten, der Verband nützt ja doch nichts, wohl gründlich widerlegt wird. Bei der Vorstandswahl wurden die Kollegen A. Hungermann als Vorsitzender, G. Herden als Schriftführer und H. Pölle als Kassierer wiedergewählt. Aus der Wahl der Kartelldelegierten gingen hervor die Kollegen G. Hermann, E. Kaiser, A. Hungermann, G. Wagner senior und W. Schroer. Als Kassenrevisoren wählte man die Kollegen G. Schroerlücke und G. Beckl. Es wurde noch beschlossen, den Kartellbeitrag nicht mehr von den Mitgliedern zu erheben, sondern aus der Ortsgruppenkasse zu bestreiten. Darauf referierte ein Kollege vom Orts-

partell über die Aufgaben der Ortsgruppen und Kartelle in der jetzigen Zeit. In der Diskussion wurde noch über Hausagitation gesprochen.

Wenckst., D.-Schl. Die diesjährige Generalversammlung fand am 16. Jan. statt. Zunächst wurde die Vorstandswahl erledigt, wobei die ausstehenden Vorstandsmittglieder Jos. Klehmet, Paul Klamer, Karl Wierger und Kollegin Maria Böhl, der letztere als erster Vorsitzender, einstimmig wiedergewählt wurden. Nach Beilegung des Kassenberichts vom vierten Quartal 1909 erstattete Kollege Jungentich den Jahresbericht. Derselben ist zu entnehmen, daß im vergangenem Jahre abgehalten wurden: acht Mitgliederberaternungen, vier öffentliche Textilarbeiterberaternungen, zehn Vorstand- und sechs Vorstand- und Vertrauensmännerberaternungen, 13 Betriebsberaternungen sowie eine Anzahl kommissionarischer Beraternungen in Sachen der Lohnbewegung. Außerdem gab der Bericht auch einen Ueberblick über den schriftlichen Verkehr und die Auskunftsverteilung auf dem Sekretariat. In der sich anschließenden Diskussion wurden verschiedene Punkte im Jahresbericht vom Vorsitzenden näher erörtert. Sodann fand eine Aussprache statt über die beabsichtigte Lohnbewegung, aber die wir noch an anderer Stelle berichten. Kollege Jungentich gab noch verschiedene Anregungen betreffs der Agitation, die jetzt um so eifriger fortgesetzt werden müsse. Weiter wurde bekannt gemacht, daß die neuen Lohnstatistikkarten, die für ein Vierteljahr ausreichen, ausgegeben worden sind und wurden die Mitglieder dringend ermahnt, diese Karten auszufüllen. Am Schlusse des Quartals werden dieselben gegen neue umgetauscht. Da diese Statistikkarten in ihrem Format den Mitgliedsbüchern angepaßt sind, können dieselben darin aufbewahrt werden, so daß jedes Mitglied beim Entleeren der Karte zugleich an die Lohnstatistik erinnert wird. Damit dürfte der Uebelstand, daß die Lohnauszeichnungen bergelassen werden, nun einmal wegfallen. Nach einigen geschäftlichen Mitteilungen wurde die Versammlung geschlossen.

Schaag. Aus dem Geschäfts- und Kassenbericht, der in unserer Generalversammlung erstattet wurde, seien einige Zahlen angeführt. Die Einnahmen betrugen 1825,25 M. Die Ausgaben verteilten sich wie folgt: An die Zentrale gezahlt 623,11 M., ausbezahlt an Krankentunterstützung 291,95 M., an Arbeitslose 676,35 M. Wir hatten Arbeitslose im zweiten Quartal 43, im dritten Quartal 53, im vierten 42; zusammen 138 mit 1229 arbeitslosen Tagen. Für 604 Tage wurde Unterstützung ausbezahlt. In der genannten Generalversammlung hielt uns Kollege Stiebs-Lobberich einen interessanten Vortrag über den Wert des christlichen Textilarbeiterverbandes.

Schiffel. In unserer Generalversammlung vom 16. d. M. waren die Kollegen Hartmann und Schöpel aus Hamburg anwesend. Zunächst erfolgte die Rechnungsablage vom Kassierer Kleisel über das vierte Quartal. Dann wurde der Jahresbericht gegeben. Es wurde eine Generalversammlung, elf Mitgliederberaternungen, sechzehn Sitzungen und eine Hausagitation abgehalten. Kollege Schrey hielt dann einen Vortrag, in dem er auf die Vorkommnisse im vergangenen Jahre hinwies. Alsdann erfolgten die Wahlen. Als erster Vorsitzender wurde Kollege Karl Schulze, als zweiter Vorsitzender Kollege Anton Holzbach, als Kassenrevisoren die Kollegen Klingenberg, Borkowski und Morawek gewählt. Mit einer Ansprache des Kollegen Hartmann endete die Versammlung.

Wirkelen. Das als ausgeschlossen gemeldete Mitglied Joh. Lüth, Stamm-Nr. 34 633, Orts-Nr. 58, ist nicht aus Haaren, sondern aus Wirkelen. Der Irrtum ist dadurch entstanden, daß uns der Ausschlußantrag aus Haaren zugefandt worden war.

Zell-Meyenbach. Zwei gut besuchte Versammlungen fanden in diesen beiden Orten statt. In der einen sprach Gewerkschaftssekretär Schmitz-Freiburg über den Zwangsarbeitsnachweis der Unternehmer. Eine entsprechende Resolution fand einstimmige Annahme. In der zweiten Versammlung sprach unser Lokalbeamter, Kollege Kiefer, über den Waldschäfer Prozeß, speziell über das Verhalten des Herrn Staatsanwaltvertreters gegenüber den Kollegen Engel und dem christlichen Gewerkschaften. Die Rede wurde manchmal von launtem Beifall unterbrochen. Das letzte Wort ist über diesen Prozeß noch nicht gesprochen.

Gewerkschaftliches.

Aus unseren Verbänden.

Gemeinsame Kampfstellung der Nationalliberalen und Sozialdemokraten gegen die christlichen Gewerkschaften. Das „Zentralblatt“ bringt in Nr. 1 einen längeren Artikel, der sich mit der Kritik befaßt, die bei in Dortmund und Rationierte nationalliberale Parteisekretär Dr. Hugo öffentlich in der Presse an die christlichen Gewerkschaften geübt hat. Die Kritik des Herrn Parteisekretärs vertritt so viel Unwissenheit, Unwissenheit an Objektivität und Sachlichkeit, ist so sehr von einer ganz bestimmten Absicht getrieben, daß sie die grundsätzliche Absicht, die sie im „Zentralblatt“ erfährt, durchaus verdient.

Herr Hugo hat all den alten Kram, der gegen die christlichen Gewerkschaften von ihren schärfsten Feinden zusammengeschrieben, geredet und -gelesen worden ist, zu einem Artikel zusammengestellt. Noch wohl stellen ist von einem gebildet sein wollen den Herrn, der einer bürgerlichen Parteiverichtung angehört, sich krauses und sich widersprechendes Zeug geschrieben worden. Der Ausdruck „christlich“ sei nur ein Bezeichnungswort; die christlichen Gewerkschaften paßten auf dem Klassenkampf herum, so gut wie die sozialdemokratischen. Der „Gewerk“ er dann aus diesen — sozialdemokratischen Gewerkschaftsbeamten. Als besonderen Beweis führt er ferner die Tatsache an, daß vor Jahren der Gewerkverein der Bergarbeiter einen Antrag auf seinem Statut, wonach jedes Mitglied sich als Gegner der Sozialdemokratie bekennen mußte, fallen gelassen hat. Herr Hugo weiß nicht oder will nicht wissen, daß in dem § 1 des Statuts des Gewerkvereins die Bergarbeiter der christliche Charakter dieses Verbandes deutlich zum Ausdruck kommt. Uebrigens kommt es nicht auf das Statut, sondern auf die praktische Tätigkeit, auf den Geist innerhalb der Organisation an. Und es muß der eine eigentümliche Auffassung von der Gewerkschaftsarbeit haben, der gerade den Gewerkverein der Bergarbeiter, der vielleicht mehr wie eine andere christliche Organisation mitten im heißen Kampfe gegen die Theorie und Praxis des Klassenkampfes steht, des Klassenkampfes bezichtigten will. Vielleicht sah Herr Hugo lieber, wenn der Gewerkverein auf die sozialdemokratischen Taten der Kohlenherren, die ihm politisch und in Fragen der Weltanschauung nahe stehen, mit lächelndem Nicken antworten würde. Dann blähe sein Weizen aufger.

An einer anderen Stelle behauptet Hugo, die christlichen Gewerkschaften seien von der Zentrumpartei

gegründet, ohne dafür auch nur einen Schimmer eines Beweises zu erbringen. Wir haben nicht nötig, diesen alten Apaten aus dem sozialdemokratischen Agitationslager auf seinen wahren Wert zurückzuführen. Wir wollen nur den Ausdruck eines Mannes annehmen, den auch Herr Hugo als unbedingten annehmen wird: Der nationalliberale Reichstagsabgeordnete Führmann sagte mal im Reichstage, daß die mächtig aufstrebende nationale Arbeiterbewegung die Unterdrückung aller wahren Vaterlandsfreunde verdient; seine politischen Freunde beobachteten mit voller Sympathie die Emporkletterer der nationalen Arbeiterbewegung. Aus seinen weiteren Worten ging hervor, daß er hierbei in erster Linie die christlichen Gewerkschaften im Auge hatte. Ob Herr Führmann so gesprochen hätte, wenn die christlichen Gewerkschaften von der Zentrumspartei gegründet und von der Zentrumspartei dienbar wären?

Dann berichtigt sich Herr Hugo zu der ungeheuerlichen Behauptung, die „Zentrumsgroßen“ in katholischen Gegenden legten keinen besonderen Wert auf die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter, dagegen werde die Propaganda in konfessionell gemischten Gegenden um so eifriger betrieben. Diese Behauptung steht doch mit der vorhergehenden Behauptung des Reichstagsabgeordneten Führmann in direktem Widerspruch. — Aber das Gegenteil ist auch wahr. Die christlichen Gewerkschaften haben ihre stärkste Verbreitung in katholischen Gegenden, aus evangelischen Bezirken kamen und kommen noch Klagen über mangelhafte Bearbeitung dieser Gegenden.

Die „famose“ Kritik des Herrn Hugo ist nur richtig zu verstehen mit Rücksicht auf die derzeitigen politischen Verhältnisse unseres Landes. Innerhalb der Sozialdemokratie geht ein Stück nach rechts, innerhalb des Liberalismus nach links. Die nach der Finanzreform vorgekommenen Bindungen innerhalb der politischen Parteien sollen auch auf die Gewerkschaftsbewegung übertragen werden. Es gibt innerhalb der Nationalliberalen eine starke Gruppe, die die alten Ideale dieser Partei gar nicht mehr kennt, die die christlichen Gewerkschaften deshalb ablehnt, weil sie sich ausdrücklich zur christlichen Weltanschauung bekennen. Einer anderen Gruppe gefallen die christlichen Gewerkschaften deshalb nicht, weil diese auf dem Boden des Rechtes stehen und man deshalb die Forderungen dieser Gewerkschaften nicht mit dem Ausdruck „sozialdemokratisch“ abtun kann. Aus diesem Grunde sagte Herr Hugo in Rombeim: Die christlichen Gewerkschaften sind gefährlicher als die sozialdemokratischen. Wenn nun Herr Hugo bezüglich der christlichen Gewerkschaften erneut den Ruf ertönen läßt: Haut sie dann findet er willige Hörer und den beiden Gruppen. Die Sozialisten sind bekanntlich allemal dabei, wenns gegen die christlichen Gewerkschaften geht. So nehmen sie auch in diesem Falle die dargereichte Hand mit Freuden an. Die „Dortmunder Arbeiterzeitung“ (Nr. 1. 1910):

Die gemeinsame Kampfbekämpfung der Sozialdemokraten und Liberalen gegen das Zentrum, wie sie besonders bei den holländischen Stadtratswahlen in einer Reihe Gemeinden in Holland Schicksal ihren Ausdruck fand und mit einer fröhlichen Zurückhaltung der Sozialisten endete, scheint auch auf andere Gebiete rückwirken zu wollen.

Und das Zentrum, das die sozialdemokratischen Parteien, der „Vorwärts“, bringt in Nr. 305 1909 einen „Artikel der christlichen Gewerkschaften“ über die christliche Arbeit, in dem es heißt: „Bei der vielfachen Verflechtung der Politik mit anderen Gebieten, insbesondere mit der Wirtschaft, entsteht auch die Frage, ob und wie die christliche Konfession sonst weiter wirkt.“ Damit ist also gesagt, die christliche Konfession, d. h. das Zusammengehen der Liberalen und Sozialdemokraten, wirkt auch auf andere Gebiete, und mit dem „andern Gebiete“ meint man das Gebiet der Gewerkschaften.

Und der „Vorwärts“ stimmt zu, indem er sagt: „Auch hier hat die sozialdemokratischen Organisationen einhellig mit dem nationalliberalen Sekretär in dem Schreiben „zu klaren Verhältnissen“ zusammen, zu beschreiben die Standpunkte sonst auch nicht.“

„Söhne Seelen finden sich zu Wasser und zu Lande.“ sagt das „Rechtswort“ so schön. Wenn die Sozialdemokratie im Ruhrgebiet bei den dortigen Stadtratswahlen die Jeschen- und Hüttenpartei herausgehoben hat, so hat sie auf einen gewissen Dank Anspruch, und wenn dieser Dank nicht bis jetzt in der gewöhnlichen Gewöhnung einiger Stadtratsmandate, sondern auch in der Hilfeleistung im Kampf gegen die christlich-nationale Arbeiterschaft, so liegt das im Wesen des politischen Geschäftes, das Herr Hugo zu betreiben hat.

Und andere christlichen Gewerkschaften? Auch die vereinigten Liberalen und Sozialisten werden ihren kleinen Vortritt zu tun. Dafür sind sie fast genug geworden. Allerdings haben die hier geschilderten Gewerkschaften doch immer noch in mehr als einem Punkte einen anderen Standpunkt. Und andererseits: es gibt auch in der Parteiführung viele Leute, die von dem Standpunkt der Sozialdemokratie gegen die nationale Arbeiterschaft nichts wissen wollen und die auch nicht mehr einen Schritt zu tun werden.

Die christlichen Verbände rufen zum Kampfe.

Die christlichen Verbände rufen zum Kampfe. Die christlichen Verbände rufen zum Kampfe. Die christlichen Verbände rufen zum Kampfe.

Die christlichen Verbände rufen zum Kampfe. Die christlichen Verbände rufen zum Kampfe. Die christlichen Verbände rufen zum Kampfe.

Die christlichen Verbände rufen zum Kampfe. Die christlichen Verbände rufen zum Kampfe. Die christlichen Verbände rufen zum Kampfe.

Die christlichen Verbände rufen zum Kampfe. Die christlichen Verbände rufen zum Kampfe. Die christlichen Verbände rufen zum Kampfe.

Die christlichen Verbände rufen zum Kampfe. Die christlichen Verbände rufen zum Kampfe. Die christlichen Verbände rufen zum Kampfe.

Die christlichen Verbände rufen zum Kampfe. Die christlichen Verbände rufen zum Kampfe. Die christlichen Verbände rufen zum Kampfe.

Die christlichen Verbände rufen zum Kampfe. Die christlichen Verbände rufen zum Kampfe. Die christlichen Verbände rufen zum Kampfe.

Die christlichen Verbände rufen zum Kampfe. Die christlichen Verbände rufen zum Kampfe. Die christlichen Verbände rufen zum Kampfe.

Die christlichen Verbände rufen zum Kampfe. Die christlichen Verbände rufen zum Kampfe. Die christlichen Verbände rufen zum Kampfe.

Schon sind einige Jahrestellen mit gutem Beispiel vorgegangen: Köln-Ehrenfeld bewilligt für die Hauptklasse 500 Mark; Köln 1500 Mark; Düsseldorf 2000 Mark und Aachen 1000 Mark. Außerdem haben die Jahrestellen Hannover, Köln und Düsseldorf den Wochenbeitrag auf 1 Mark erhöht. Diese Beschlüsse wurden mit großer Einmütigkeit gefaßt, ein Beweis, daß unsere Kollegen an diesen Orten die Situation zu würdigen wissen.

Wir zweifeln nicht daran, daß dieser Appell bei allen Mitgliedern das notwendige Verständnis finden und überall in die Tat umgesetzt wird. Einer für Alle und Alle für Einen!

Die Nummer 3 des „Holzarbeiters“ kann bereits 40 Jahrestellen registrieren, die eine Erhöhung der Beiträge und die Ueberweisung einer Summe aus der Kasse an die Zentralkasse beschlossen haben.

Dieses Ergebnis zeigt von einem weiten gewerkschaftlichen Blick und einer freudigen Opferwilligkeit der christlich-organisierten Holzarbeiter. Wir wünschen der Holzarbeiterchaft von ganzem Herzen einen vollen Sieg.

Der Gewerksverein christlicher Vergarbeiter will eine Urabstimmung über eine Beitragserhöhung herbeiführen, um im Kampfe gegen den Rechennachweis gestützt zu sein.

Aus gegnerischen Organisationen.

Von den wirklich „neutralen Verbänden“. Wie es mit der „Neutralität“ der Hirsch-Dunckerischen Gewerksvereine aussieht, dafür liefert ein Herr Dr. Fritz Gerlich, der den Gewerksvereinen nahe steht, in Gemeinschaft mit dem Zentralorgan der Gewerksvereine eine neue Illustration. Der genannte Herr schrieb in dem liberalen Wochenblatt:

„Wenn die Hirsch-Dunckerischen Gewerksvereine ihrer ganzen programmatischen Begründung nach dem liberal-denkenden Politiker ein Gefühl der Geistesverwandtschaft auslösen, so erklärt sich das aus einem sehr einfachen Grunde, nicht etwa, weil sie parteipolitisch liberal wären, sondern weil sie genau wie der Liberalismus wissenschaftlich objektiv das Wirtschaftsleben betrachten und auf dieser wissenschaftlichen Grundlage ihr Programm und ihre prinzipielle Stellung aufgebaut haben, weisen sie die große Uebereinstimmung mit dem Liberalismus auf, dessen ganzes Streben es ebenfalls ist, das Wirtschaftsleben wissenschaftlich objektiv zu erkennen und nach dieser Erkenntnis seine Forderungen einzurichten.“

Das Hauptorgan der Hirsch-Dunckerischen Gewerksvereine, der „Gewerksverein“, wünscht diesen „zutreffenden“ Gemeinplatz die weiteste Beachtung zu, aber warum streitet denn „Der Gewerksverein“ so oft ab, daß keine Gewerkschaften mit dem Liberalismus verträglich wären? Viel offener hat übrigens die „D. D. „Westdeutsche Post“ in Düsseldorf, am 13. April 1907, ihre Dienstbereitschaft für die liberalen Parteien ausgedrückt, als sie schrieb:

„Das Wesen unserer Mitglieder ändert sich, wenn zum Teil auch unbewußt, liberalen Anschauungen. Manches einer davon leidet heute dem Zentrum und der Sozialdemokratie Geselligkeit. Bei einer Hingabe an die Sache dürfte es nun nicht allzuschwer sein, ein einseitiges politisches Denken in unsere Reihen zu bringen und eine große Zahl unserer Stimmen einer liberalen Partei zuzuführen.“

Und trotzdem gehen die Gewerksvereine den Streikgang. Die genannte „Westdeutsche Arbeiterzeitung“ soll sich glücklich für weit entwickelt haben, daß sie das Gehalt für einen Redakteur nicht mehr abwirft. An dieses Blatt knüpfen sich allerlei idiosynkratische Phantasien von einer „Tageszeitung“, einer „Genossenschaftsdruckerei“, einer „Gewerksvereins-Buchhandlung“ usw. Es hat nicht sollen sein. Und bei den jüngsten Störungen und Neubildungen im Parteileben müssen die „Hirsche“ gewiß zu ihrem größten Schmerze beobachten, daß die ihnen verwandten liberalen Politiker nicht einmal ihre Gunst den Gewerksvereinen, sondern dem sozialdemokratischen Gewerkschaften zuwenden. So werden sie von ihren eigenen Freunden verlassen, wohl, weil diese die totale Lebensunfähigkeit und Hilflosigkeit der Gewerksvereine einsehen.

Die christlichen Gewerkschaften stehen auf dem Standpunkte, daß innerhalb einer Gewerkschaft nach keiner Parteirichtung hin Neizung und Wetreiben vorhanden sein darf, um so den Anhängern jeder Partei die Willkürlichkeit und Klarheit zu erwidern können. Die politische Neutralität ist die letzte Waffe, auf der sich eine Berufsorganisation entwickeln kann. Wir würden den Hirsch-Dunckerischen Gewerksvereinen wirklich keinen besseren Rat, als ihre Mitglieder in die christlichen Gewerkschaften zu führen. Dann wären sie einer starken Gewerkschaftsgruppe angehörend; eine Verletzung ihrer politischen Meinung würden sie gewiß nicht erleiden, und außerhalb der Grenzen der christlichen Gewerkschaften hätten sie Freiheit und Selbsteigentum genug, sich politisch zu betätigen, auch im Sinne des Liberalismus.

Allerdings liegen wir nicht den Meinen, daß die Gewerksvereine diesem Rats folgen werden. Sie wollen lieber in fortwähren.

Aus Arbeitgeberkreisen.

Gegen die ne Gewerkschaftenbewegung wendet sich der Verband Deutscher Leinwandindustrieller. Er läßt in der ihm fremdsprachigen Presse folgende Worte erscheinen:

„Die Gewerkschaftenbewegung ist im Reichstage neu eingeleitet.“

Der Verband Deutscher Leinwandindustrieller erachtet es für notwendig, nochmals jetzt gegen die in der letzten Gewerkschaftenbewegung enthaltenen oder durch die Kommissionen beschlossenen, für die Textilindustrie schädlichen Bestimmungen, nämlich:

- 1. gegen die Aufhebung des Fortbildungszwanges auf Arbeiterinnen bis zu 18 Jahren,
- 2. gegen die zwingende Verpflichtung von Arbeiterinnen,
- 3. gegen die Forderung der Gleichzeitigkeit mit der Einführung von Arbeiterinnen.

„Sicherlich werden einigermassen. Ebenso hat der Verband der Leinwandindustrieller beschlossen, in Anbetracht dieser Punkte bei den bevorstehenden Reichs- und Provinzialparlamenten, sowie bei dem Bundesrat und Reichstag nochmals vorzulegen, diese Bestimmungen in der besten Weise zu erörtern.“

Es wäre immer begründet, wenn wiederum verstanden würde, wie die gewerkschaftlichen Bestimmungen der Leinwandindustrieller bei dem Bundesrat mit dem Reichstag noch mehr zu erörtern und noch dazu zu einer Beschränkung, so die gesamte deutsche Leinwandindustrie haben zu erörtern hat.“

Soweit die Notiz. Der Verband Deutscher Leinwandindustrieller reißt sich mit seinem Vorgehen würdig in die Front derjenigen Unternehmer ein, die mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln eine Fortsetzung der Sozialreform zu verhindern versuchen. Wir wünschen von ganzem Herzen, daß allen diesen Maßnahmen ein totaler Mißerfolg beschieden sein möge.

Was die Ausdehnung des Fortbildungszwanges unterrichtet auf Arbeiterinnen betrifft, so ist sich jeder Mensch, dessen Urteil nicht durch einseitige geldliche Interessen getrübt wird, darüber klar, daß unsere Gesetzgebung damit eine Lücke auszufüllen beginnt, die von vielen bitter empfunden wurde. Die erwerbstätigen Mädchen haben eine Ausbildung in Schul- und namentlich hauswirtschaftlichen Fächern dringend notwendig. Bei dieser großen nationalen Frage können die unberichtigten und unsozialen, aus Eigennutz geborenen Forderungen der Arbeitgeber keine Berücksichtigung finden. Das Interesse Hunderttausender Arbeiter und Arbeiterinnen, letzten Endes das Interesse unseres Vaterlandes überhaupt, muß höher stehen als der finanzielle Jahresüberschuß einiger weniger Fabrikanten.

Daß sich die Leinwandindustriellen auch gegen die Arbeiterausschüsse wenden, beweist, daß der Grundgedanke dem „Herr im Hause“ sein auch in ihnen Vertreter findet. Ein konstitutionelles Fabrikssystem ist solchen Leuten ein Greuel. Eine Mitwirkung der Arbeiterchaft bei Fragen des Arbeitsverhältnisses erscheint ihnen als der Anfang allen Übels. Sie meinen sich Gott weiß was zu vergebem, wenn sie bei Lohnfragen, bei Fragen der Arbeitszeit usw. „ihre“ Arbeiter, die doch in erster Linie an diesen Dingen interessiert sind, mit zu Rate ziehen müssen. Und doch verlangen die Arbeiter nichts anders als ihr Recht, das ihnen kein billiger Denker verweigern kann. Wir sind auch der Auffassung, daß eine freiwillige Einführung von Arbeiterausschüssen das Bessere sei, aber die Zeit hat die Erfahrung gezeigt, daß dann namentlich unsere Großbetriebe ohne die vorzügliche Institution der Ausschüsse bleiben werden. Der gesetzliche Zwang ist durch das Verhalten unserer Industriellen notwendig geworden. Unsere Gesetzgebung ist gezwungen, die paritätische Regelung des Arbeitsvertrages, die Anerkennung des Arbeiters als gleichberechtigten Vertragskontrahenten praktisch zur Geltung zu bringen. In dieser Beziehung bedeutet die Einführung von Arbeiterausschüssen einen erheblichen Schritt vorwärts, vorausgesetzt, daß das Wesen der Ausschüsse einen bestimmten, nicht zu eng gezogenen Aufgabekreis zuweist und namentlich ihren Mitgliedern den notwendigen Schutz garantiert.

Nachmals: Wir wünschen von ganzem Herzen, daß den Maßnahmen der Leinwandindustriellen ein gründlicher Mißerfolg beschieden sein möge.

Die christlichen Gewerkschaften sind gefährlicher als die sozialdemokratischen. Wenn nun Herr Hugo bezüglich der christlichen Gewerkschaften erneut den Ruf ertönen läßt: Haut sie dann findet er willige Hörer und den beiden Gruppen.

Die christlichen Gewerkschaften sind gefährlicher als die sozialdemokratischen. Wenn nun Herr Hugo bezüglich der christlichen Gewerkschaften erneut den Ruf ertönen läßt: Haut sie dann findet er willige Hörer und den beiden Gruppen.

Die christlichen Gewerkschaften sind gefährlicher als die sozialdemokratischen. Wenn nun Herr Hugo bezüglich der christlichen Gewerkschaften erneut den Ruf ertönen läßt: Haut sie dann findet er willige Hörer und den beiden Gruppen.

Die christlichen Gewerkschaften sind gefährlicher als die sozialdemokratischen. Wenn nun Herr Hugo bezüglich der christlichen Gewerkschaften erneut den Ruf ertönen läßt: Haut sie dann findet er willige Hörer und den beiden Gruppen.

Die christlichen Gewerkschaften sind gefährlicher als die sozialdemokratischen. Wenn nun Herr Hugo bezüglich der christlichen Gewerkschaften erneut den Ruf ertönen läßt: Haut sie dann findet er willige Hörer und den beiden Gruppen.

Die christlichen Gewerkschaften sind gefährlicher als die sozialdemokratischen. Wenn nun Herr Hugo bezüglich der christlichen Gewerkschaften erneut den Ruf ertönen läßt: Haut sie dann findet er willige Hörer und den beiden Gruppen.

Die christlichen Gewerkschaften sind gefährlicher als die sozialdemokratischen. Wenn nun Herr Hugo bezüglich der christlichen Gewerkschaften erneut den Ruf ertönen läßt: Haut sie dann findet er willige Hörer und den beiden Gruppen.

Die christlichen Gewerkschaften sind gefährlicher als die sozialdemokratischen. Wenn nun Herr Hugo bezüglich der christlichen Gewerkschaften erneut den Ruf ertönen läßt: Haut sie dann findet er willige Hörer und den beiden Gruppen.

Die christlichen Gewerkschaften sind gefährlicher als die sozialdemokratischen. Wenn nun Herr Hugo bezüglich der christlichen Gewerkschaften erneut den Ruf ertönen läßt: Haut sie dann findet er willige Hörer und den beiden Gruppen.

Die christlichen Gewerkschaften sind gefährlicher als die sozialdemokratischen. Wenn nun Herr Hugo bezüglich der christlichen Gewerkschaften erneut den Ruf ertönen läßt: Haut sie dann findet er willige Hörer und den beiden Gruppen.

Die christlichen Gewerkschaften sind gefährlicher als die sozialdemokratischen. Wenn nun Herr Hugo bezüglich der christlichen Gewerkschaften erneut den Ruf ertönen läßt: Haut sie dann findet er willige Hörer und den beiden Gruppen.

Die christlichen Gewerkschaften sind gefährlicher als die sozialdemokratischen. Wenn nun Herr Hugo bezüglich der christlichen Gewerkschaften erneut den Ruf ertönen läßt: Haut sie dann findet er willige Hörer und den beiden Gruppen.

Die christlichen Gewerkschaften sind gefährlicher als die sozialdemokratischen. Wenn nun Herr Hugo bezüglich der christlichen Gewerkschaften erneut den Ruf ertönen läßt: Haut sie dann findet er willige Hörer und den beiden Gruppen.

Die christlichen Gewerkschaften sind gefährlicher als die sozialdemokratischen. Wenn nun Herr Hugo bezüglich der christlichen Gewerkschaften erneut den Ruf ertönen läßt: Haut sie dann findet er willige Hörer und den beiden Gruppen.

Die christlichen Gewerkschaften sind gefährlicher als die sozialdemokratischen. Wenn nun Herr Hugo bezüglich der christlichen Gewerkschaften erneut den Ruf ertönen läßt: Haut sie dann findet er willige Hörer und den beiden Gruppen.

Die christlichen Gewerkschaften sind gefährlicher als die sozialdemokratischen. Wenn nun Herr Hugo bezüglich der christlichen Gewerkschaften erneut den Ruf ertönen läßt: Haut sie dann findet er willige Hörer und den beiden Gruppen.

Die christlichen Gewerkschaften sind gefährlicher als die sozialdemokratischen. Wenn nun Herr Hugo bezüglich der christlichen Gewerkschaften erneut den Ruf ertönen läßt: Haut sie dann findet er willige Hörer und den beiden Gruppen.

Die christlichen Gewerkschaften sind gefährlicher als die sozialdemokratischen. Wenn nun Herr Hugo bezüglich der christlichen Gewerkschaften erneut den Ruf ertönen läßt: Haut sie dann findet er willige Hörer und den beiden Gruppen.

Die christlichen Gewerkschaften sind gefährlicher als die sozialdemokratischen. Wenn nun Herr Hugo bezüglich der christlichen Gewerkschaften erneut den Ruf ertönen läßt: Haut sie dann findet er willige Hörer und den beiden Gruppen.

Die christlichen Gewerkschaften sind gefährlicher als die sozialdemokratischen. Wenn nun Herr Hugo bezüglich der christlichen Gewerkschaften erneut den Ruf ertönen läßt: Haut sie dann findet er willige Hörer und den beiden Gruppen.

Dazu gehört in erster Linie die gesamte Bekleidungs- und Reinigungsindustrie, die Textilindustrie, sowie Zweige der Nahrungsmittel- und Genussmittelbranche, aber auch in der Metallindustrie, im polygraphischen Gewerbe und anderen mehr finden sich weibliche Arbeiter. Da ist auf die Beschaffenheit der Arbeitsräume, auf die Ventilation, auf die Waschvorrichtungen und Garberoben zu achten, Notausgänge sind zu prüfen, die Maschinen sind auf ihre Schutzeinrichtungen hin zu besichtigen; auf die Arbeitszeit, die Arbeitspausen, sowie die Zahl der Ueberstunden ist von der Beamtin ebenso das Augenmerk zu richten wie auf die Einhaltung der Sonntagsruhe, auf das Vorhandensein der Arbeitsbücher usw. Auch tragen sie in England volle Verantwortung für die Durchführung der Vorschriften, wonach Frauen innerhalb eines Monats nach der Entbindung die Arbeit in den Betrieben verboten ist. Auch auf die Innehaltung der Vorschriften in bezug auf die Kinderarbeit und auf die sanitären Einrichtungen: Arbeitskleidung, Aborte usw. haben sie zu achten.

Die Einrichtung der weiblichen Gewerbeaufsicht hat sich bereits überall eingebürgert, es bedarf nur einer Vermehrung der in ihr tätigen Kräfte. Weniger bekannt sind die weiblichen Ärzte zum Schutze der arbeitenden Klassen. In England und in allen anderen Industriestaaten sind besondere Gewerbeärzte innerhalb der Fabrik- oder Gewerbeinspektion angeheftet; im Deutschen Reich sind bis jetzt nur die süddeutschen Bundesstaaten diesem Beispiele gefolgt. Das Arbeitsfeld dieser Beamtinnen ist sehr weites und großes, besonders erstreckt sich ihre Tätigkeit auf die Beaufsichtigung der Arbeiter in den sogenannten gefährlichen Betrieben. In England werden diese Kräfte von weiblichen Kräften unterstützt, den Sanitätsinspektorinnen. Diese haben zunächst den hygienischen Schutz der Säuglinge im Arbeiterfamilien zu überwachen, den mehr oder weniger unerfahrenen Müttern mit Rat zur Seite zu stehen, ferner die Revision der Wäschereien, die Wohnungsinspektion, den Besuch der Schulen und die Ueberwachung des Schlafgängerwesens und der Heimarbeit zu übernehmen. Das sind wichtige Aufgaben, deren praktische Erfüllung der Arbeiterschaft nur zum Segen gereichen kann.

Mehrere Berichte müßten zurückbleiben. Rheydt. Wir können doch nicht über ein Fest berichten, das bereits vor sechs Wochen stattfand.

Mehrere Berichte müßten zurückbleiben. Rheydt. Wir können doch nicht über ein Fest berichten, das bereits vor sechs Wochen stattfand.

Mehrere Berichte müßten zurückbleiben. Rheydt. Wir können doch nicht über ein Fest berichten, das bereits vor sechs Wochen stattfand.

Mehrere Berichte müßten zurückbleiben. Rheydt. Wir können doch nicht über ein Fest berichten, das bereits vor sechs Wochen stattfand.

Mehrere Berichte müßten zurückbleiben. Rheydt. Wir können doch nicht über ein Fest berichten, das bereits vor sechs Wochen stattfand.

Mehrere Berichte müßten zurückbleiben. Rheydt. Wir können doch nicht über ein Fest berichten, das bereits vor sechs Wochen stattfand.

Mehrere Berichte müßten zurückbleiben. Rheydt. Wir können doch nicht über ein Fest berichten, das bereits vor sechs Wochen stattfand.

Mehrere Berichte müßten zurückbleiben. Rheydt. Wir können doch nicht über ein Fest berichten, das bereits vor sechs Wochen stattfand.

Mehrere Berichte müßten zurückbleiben. Rheydt. Wir können doch nicht über ein Fest berichten, das bereits vor sechs Wochen stattfand.

Mehrere Berichte müßten zurückbleiben. Rheydt. Wir können doch nicht über ein Fest berichten, das bereits vor sechs Wochen stattfand.

Mehrere Berichte müßten zurückbleiben. Rheydt. Wir können doch nicht über ein Fest berichten, das bereits vor sechs Wochen stattfand.

Mehrere Berichte müßten zurückbleiben. Rheydt. Wir können doch nicht über ein Fest berichten, das bereits vor sechs Wochen stattfand.

Mehrere Berichte müßten zurückbleiben. Rheydt. Wir können doch nicht über ein Fest berichten, das bereits vor sechs Wochen stattfand.

Mehrere Berichte müßten zurückbleiben. Rheydt. Wir können doch nicht über ein Fest berichten, das bereits vor sechs Wochen stattfand.

Mehrere Berichte müßten zurückbleiben. Rheydt. Wir können doch nicht über ein Fest berichten, das bereits vor sechs Wochen stattfand.

Mehrere Berichte müßten zurückbleiben. Rheydt. Wir können doch nicht über ein Fest berichten, das bereits vor sechs Wochen stattfand.

Mehrere Berichte müßten zurückbleiben. Rheydt. Wir können doch nicht über ein Fest berichten, das bereits vor sechs Wochen stattfand.

Mehrere Berichte müßten zurückbleiben. Rheydt. Wir können doch nicht über ein Fest berichten, das bereits vor sechs Wochen stattfand.

Mehrere Berichte müßten zurückbleiben. Rheydt. Wir können doch nicht über ein Fest berichten, das bereits vor sechs Wochen stattfand.

Mehrere Berichte müßten zurückbleiben. Rheydt. Wir können doch nicht über ein Fest berichten, das bereits vor sechs Wochen stattfand.

Mehrere Berichte müßten zurückbleiben. Rheydt. Wir können doch nicht über ein Fest berichten, das bereits vor sechs Wochen stattfand.

Mehrere Berichte müßten zurückbleiben. Rheydt. Wir können doch nicht über ein Fest berichten, das bereits vor sechs Wochen stattfand.

Mehrere Berichte müßten zurückbleiben. Rheydt. Wir können doch nicht über ein Fest berichten, das bereits vor sechs Wochen stattfand.

Mehrere Berichte müßten zurückbleiben. Rheydt. Wir können doch nicht über ein Fest berichten, das bereits vor sechs Wochen stattfand.

Mehrere Berichte müßten zurückbleiben. Rheydt. Wir können doch nicht über ein Fest berichten, das bereits vor sechs Wochen stattfand.

Briefkasten.

Mehrere Berichte müßten zurückbleiben. Rheydt. Wir können doch nicht über ein Fest berichten, das bereits vor sechs Wochen stattfand.

Mehrere Berichte müßten zurückbleiben. Rheydt. Wir können doch nicht über ein Fest berichten, das bereits vor sechs Wochen stattfand.

Mehrere Berichte müßten zurückbleiben. Rheydt. Wir können doch nicht über ein Fest berichten, das bereits vor sechs Wochen stattfand.

Mehrere Berichte müßten zurückbleiben. Rheydt. Wir können doch nicht über ein Fest berichten, das bereits vor sechs Wochen stattfand.

Mehrere Berichte müßten zurückbleiben. Rheydt. Wir können doch nicht über ein Fest berichten, das bereits vor sechs Wochen stattfand.

Mehrere Berichte müßten zurückbleiben. Rheydt. Wir können doch nicht über ein Fest berichten, das bereits vor sechs Wochen stattfand.

Mehrere Berichte müßten zurückbleiben. Rheydt. Wir können doch nicht über ein Fest berichten, das bereits vor sechs Wochen stattfand.

Mehrere Berichte müßten zurückbleiben. Rheydt. Wir können doch nicht über ein Fest berichten, das bereits vor sechs Wochen stattfand.

Mehrere Berichte müßten zurückbleiben. Rheydt. Wir können doch nicht über ein Fest berichten, das bereits vor sechs Wochen stattfand.

Mehrere Berichte müßten zurückbleiben. Rheydt. Wir können doch nicht über ein Fest berichten, das bereits vor sechs Wochen stattfand.

Mehrere Berichte müßten zurückbleiben. Rheydt. Wir können doch nicht über ein Fest berichten, das bereits vor sechs Wochen stattfand.

Mehrere Berichte müßten zurückbleiben. Rheydt. Wir können doch nicht über ein Fest berichten, das bereits vor sechs Wochen stattfand.

Mehrere Berichte müßten zurückbleiben. Rheydt. Wir können doch nicht über ein Fest berichten, das bereits vor sechs Wochen stattfand.

Mehrere Berichte müßten zurückbleiben. Rheydt. Wir können doch nicht über ein Fest berichten, das bereits vor sechs Wochen stattfand.

Mehrere Berichte müßten zurückbleiben. Rheydt. Wir können doch nicht über ein Fest berichten, das bereits vor sechs Wochen stattfand.

Mehrere Berichte müßten zurückbleiben. Rheydt. Wir können doch nicht über ein Fest berichten, das bereits vor sechs Wochen stattfand.

Mehrere Berichte müßten zurückbleiben. Rheydt. Wir können doch nicht über ein Fest berichten, das bereits vor sechs Wochen stattfand.

Mehrere Berichte müßten zurückbleiben. Rheydt. Wir können doch nicht über ein Fest berichten, das bereits vor sechs Wochen stattfand.

Allgemeine Rundschau.

Allgemeines.

Weibliche Beamte und Kräfte zum Schutze der arbeitenden Klassen. Die weitere Entwicklung der Gewerbeaufsicht wird notwendig auch eine Vermehrung der weiblichen Aufsichtsbearbeiterinnen erfordern. In Berlin wurde vor kurzem ein Vortrag gehalten über die weiblichen Beamten und Kräfte zum Schutze der arbeitenden Klassen, besonders in England, aber auch in den anderen Industriestaaten. Nach einem Bericht der „Arbeiterin“ (München), wurde in dem angegebenen Vortrag zunächst die Entwicklung der englischen Gewerbeaufsicht bis zu dem neuesten Fabrik- und Werkstättengesetz vom Jahre 1901, das jetzt noch in Geltung ist, geschildert. Dieses Gesetz setzt sich aus zehn Titeln zusammen, welche die für die männliche und weibliche Arbeiterchaft wichtigsten Gebiete behandeln: Gesundheits- und Schutz der Arbeiter, Beschäftigung derselben, gefährliche Betriebe und gesundheitlich nachteilige Arbeiten; ferner beschäftigt sich ein Kapitel mit der Heimarbeit, mit der Veranoftung, mit den Streikern, sowie mit dem Geltungsbereich des Fabrikgesetzes. Zur Durchführung dieses Gesetzes fanden 1908 rund 200 männliche und weibliche Inspektoren und Inspektoren zur Verfügung bei einer Arbeiterchaft von über fünf Millionen Mannern und etwa zwei Millionen Frauen.

In Deutschland gab es 1907 25 weibliche Aufsichtsbearbeiterinnen. Damals kamen auf Frauen 4, heute sind es bereits 6 Beamtinnen, und ohne Zweifel werden in absehbarer Zeit noch mehr weibliche Kräfte nicht nur in Preußen, sondern auch in den anderen Bundesstaaten angestellt werden. In England sind jetzt 16 Beamtinnen einschließlich einer Uebersetzungsbeamten in vereinigtem Königreich tätig. In Frankreich finden wir 18 Departementsinspektoren, in Österreich besitzt 5 Inspektoren, in Rußland 2 und in Norwegen sind sieben 3 Inspektoren ernannt worden.

Die Tätigkeit der weiblichen Beamtinnen erstreckt sich vornehmlich vor allem auf solche Betriebe, in denen weibliche Arbeiter vorwiegend beschäftigt werden.

Die Tätigkeit der weiblichen Beamtinnen erstreckt sich vornehmlich vor allem auf solche Betriebe, in denen weibliche Arbeiter vorwiegend beschäftigt werden.

Die Tätigkeit der weiblichen Beamtinnen erstreckt sich vornehmlich vor allem auf solche Betriebe, in denen weibliche Arbeiter vorwiegend beschäftigt werden.

Die Tätigkeit der weiblichen Beamtinnen erstreckt sich vornehmlich vor allem auf solche Betriebe, in denen weibliche Arbeiter vorwiegend beschäftigt werden.

Die Tätigkeit der weiblichen Beamtinnen erstreckt sich vornehmlich vor allem auf solche Betriebe, in denen weibliche Arbeiter vorwiegend beschäftigt werden.

Die Tätigkeit der weiblichen Beamtinnen erstreckt sich vornehmlich vor allem auf solche Betriebe, in denen weibliche Arbeiter vorwiegend beschäftigt werden.

Die Tätigkeit der weiblichen Beamtinnen erstreckt sich vornehmlich vor allem auf solche Betriebe, in denen weibliche Arbeiter vorwiegend beschäftigt werden.

Die Tätigkeit der weiblichen Beamtinnen erstreckt sich vornehmlich vor allem auf solche Betriebe, in denen weibliche Arbeiter vorwiegend beschäftigt werden.

Die Tätigkeit der weiblichen Beamtinnen erstreckt sich vornehmlich vor allem auf solche Betriebe, in denen weibliche Arbeiter vorwiegend beschäftigt werden.

Die Tätigkeit der weiblichen Beamtinnen erstreckt sich vornehmlich vor allem auf solche Betriebe, in denen weibliche Arbeiter vorwiegend beschäftigt werden.

Ergebnisse der Arbeitslosen-Statistik im IV. Quartal 1909.

Bezirke	Gesamtzahl der Arbeitslosen im Quartal			Am 23. Oktober			Am 30. November			Am 25. Dezember			Gesamtzahl der Arbeitslosen im IV. Quartal	Zahl der unter-richteten Beamtinnen	Zahl der unter-richteten Arbeiter	Summe der geschätzten Unter-richtungen	
	1909	1908	1907	1909	1908	1907	1909	1908	1907	1909	1908	1907					
I. Bezirk Kreis	655	48	703	45	1	69	40	2	42	97	2	99	5741	285	35	287	3187,50
II. - H. - H. - H.	20	1	21	1	1	2	1	1	1	1	1	1	440	21	1	339	377,65
III. - H																	